

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

213 (13.9.1919) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.50 M., halbjährl. 8.40 M., durch die Post 1.74 M. beginn. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 J., zuzügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 10-12 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Gewalttät der Entente gegen Deutschland.

Einwendungen gegen die Besitzbelastung.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Die Uebersicht, die ich in einem Aufsatz von der Steuerarbeit der Nationalversammlung gegeben habe, ist bei einem Herrn Max Bürklin, der in unserer Leipziger „Freien Presse“ das Wort ergriff, auf starken Widerspruch gestoßen. Herr Bürklin meint, in meinen die neuen Reichsbesitzsteuern begründeten Darlegungen liege die Drohung; es muß alles ruiniert werden. Die Neuherung Sebels vom großen Kladderadatsch klinge ihm bei dieser Gelegenheit in den Ohren. Der große Kladderadatsch, den Sebels vorausahnte, ist nun in der Tat eingetreten, viel schlimmer sogar noch, als Sebels sich ihn vorgestellt haben mag. Aber es heißt Ursache und Wirkung blind verwechseln, wenn man unsere Steuergesetzgebung dafür verantwortlich macht. Der große Kladderadatsch hat eingeseht mit dem Zusammenbruch der Kriegspolitik des alten Deutschland. Die Steuergesetzgebung, die nun betrieben werden muß, ist lediglich die Wirkung, die unabwendbare Folge dieses Zusammenbruchs. Es rächen sich jetzt nicht nur die Sünden der maßgebenden Mächte des alten Regimes auf allgemeinpoltischen, sondern auch auf steuerpolitischen Gebiet. Während all der langen Kriegsjahre hat man auf die notwendige Besitzsteuerung verzichtet, weil man den für die öffentliche Meinung tonangebenden Volkstreiben die gute Laune nicht verderben wollte.

In den vier Kriegsjahren kam, abgesehen von der mäßigen Besteuerung der Mehrgewinne der Gesellschaften, keine allgemeine Besitzsteuer zustande. Erst im Sommer 1918 trat unter dem Druck der Sozialdemokratie eine Steuer auf das Mehreinkommen der Einzelpersonen und eine, verglichen mit den Kriegsausgaben, überaus bescheidene einmalige Vermögenssteuer hinzu. Bei der Besteuerung des Verbrauchs der breiten Massen ging man nicht so zaghaft zu Werke. Aus den mehrfach verschärften Verbrauchssteuern (Post, Fernsprecher, Telegraph, Personen- und Güterverkehr) aus der erhöhten Tabakbelastung, aus der Warenumschlagsteuer, den Getränkesteuern, der Kohlensteuer wurden in 3 Kriegsjahren etwa 7 Milliarden herausgeschleppt. Wir haben uns mit einer Finanzlast abzufinden, wie sie nie zuvor von einem Volke zu tragen war. Bei der Verteilung dieser Last kann und darf nicht der Gesichtspunkt maßgebend sein, alles verunreinigt werden, sondern lediglich die Leistungsfähigkeit muß entscheidend sein.

Bürklin und Genossen entsetzen sich über das von mir angeführte Beispiel, daß ein Mann, der in den Kriegsjahren 5 Millionen „erübrigte“, nach Erhebung aller bereits beschlossenen Steuern und des in Aussicht stehenden Reichsnotopfers nur noch das „Bettelgeld“ von 146 000 M. behält. Ich habe volles Verständnis für die schmerzliche Enttäuschung, die diesen armen Kriegsgewinner bereitet wird. Aber hat er seine 5 Millionen wirklich durch Fleiß, Sparsamkeit, Denken und Grübeln errungen? Millionen deutscher Steuerzahler werden bestätigen, daß sie trotz aller Steuere und aller Sparmaßnahme keine Millionenbeträge angehäuft haben, sondern rückwärts gekommen sind. Wenn aber unser Fünftausend-Mann durch Denken und Grübeln darüber, wie er in den schwersten Leidensjahren unseres Volkes auf Kosten der Volksgemeinschaft sich bereichern konnte, zu seinem Mehrgewinn gekommen ist, so erhebt sich die Frage: soll zuerst er, oder sollen diejenigen, die große Verluste erlitten oder gar ihre Güter eingebüßt haben, ersaßt werden? Die Frage stellen heißt, sie beantworten.

Wenn ein solcher Millionengewinn in wirtschaftlichen Unternehmungen angelegt ist, so bedeutet die Wegsteuerung noch nicht den Ruin des Unternehmens. Denn erstens ist bei der Gewinnberechnung in den Kriegsjahren unendlich weitgehend Verfahren worden. Alle auf Grund des Hindenburgprogramms notwendig gewordenen Umstellungskosten und Investitionen sind abgeschrieben worden. Zweitens wird bei der Erhebung der großen Gewinn- und Besitzgaben überaus schonend vorgegangen. Es sind Stundungen bis zu 30 Jahren vorgezogen, eine Frist, die aus gewichtigen Gründen verkürzt werden muß.

Einem Ruin komme es gleich, sagt Bürklin, wenn man sein — während des Kriegs gewonnenes! — Vermögen bis auf einen kleinen Rest hergeben solle, das durch die Arbeit für den Staat geschaffen wurde. Haben denn aber nicht auch die anderen, die keine Millionen eroberten, für den Staat gearbeitet? Die kleinen Gewerbetreibenden, die sich kaum am Leben erhalten konnten, und vor allem die Schutengewerbetreibenden? Und haben nicht die Witwen und Waisen, die den Ernährer verloren, dem Staat viel mehr gegeben, als der Millionengewinner?

Bürklin meint weiter, gerade die neue Erbschaftsteuer

seie so recht, daß man den trostlosen Satz aufstelle: Jedermann arbeite für den Augenblick, genieße sein Leben mit den Seinen! Hier ertöte der Staat geradezu die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, fleißig zu arbeiten. Der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes kann die Ehrenpflicht zur Arbeit durch die Erbschaftsteuer nicht abgetötet werden. Denn sie fällt nicht unter die Erbschaftsteuer. Der Minderheit aber, die mit mittleren und selbst größeren Vermögen von der Erbschaftsteuer erlöst wurde, verbleibt bei einem Steuerjahr, der mit 4 Proz. beginnt und erst bei Millionenvermögen 30 Proz. erreicht, immer noch jodelnd, daß sich die Vermögensbildung lohnt. In den Fällen jedoch, in den die allerdings empfindlichen Höchstsätze von 70 Proz. und unter Umständen noch mehr praktisch werden, hat nicht die Rücksicht auf die Sucht nach Vermögensanhäufung und unbegrenzte Vererbung von Geschlecht zu Geschlecht ausschlaggebend zu sein, sondern hier erfordert das Gemeinwohl unseres verarmten Volkes die Einschränkung des Luxus, der Verschwendung und Praeserei, die in den Familien vieler Millionäre heimisch sind. Eine noch zu lösende wichtige Aufgabe unserer Steuergesetzgebung besteht darin, gerade den übertriebenen Lebensaufwand empfindlich zu treffen und den Großbesitz zu zwingen, seine dauernden Steuerleistungen nicht zu Lasten der gesunden Volkswirtschaft, sondern zu Lasten der ungesunden Verschwendung zu erfüllen.

Die Steuerpolitik der Nationalversammlung unterscheidet sich in ihren Grundzügen wesentlich von der des alten Reichstags. Wer aber glaubt, an der alten Besitzschonung auch heute noch festhalten zu können, der beweist, daß ihm alles Verständnis sowohl für unsere finanzielle Lage als auch für die sozialen Bedürfnisse unserer Zeit abgeht.

Politische Uebersicht.

Katastrophaler Sturz des Markkurses.

Die „Frankfurter Zeitung“ weist darauf hin, daß bei uns die Marktkrisis immer näher rückt, durch den unabweislichen Sturz der Valuta, deren Entwertung in den letzten Tagen wieder verhängnisvolle Fortschritte gemacht hat. Für 100 deutsche Reichsmark zahlte man am Mittwoch in Zürich nur noch 21 Franken, während man im Frieden 123.45 und selbst zur unangenehmsten Zeit 1917 noch 60.50 dafür zahlte. So sieht es. Die Mark hat heute nur noch den sechsten Teil ihres Friedenswertes; was wir im Auslande kaufen wollen, müssen wir, von aller ausländischen Preissteigerung ganz abgesehen, zum Sechsfachen des Normalen bezahlen, weil unser Geld entwertet ist. Neue Gläubiger, die im wesentlichen nur die alten, Wir hatten schon bei Abschluß des Waffenstillstandes riesige schwebende Schulden im Auslande, durch die Milliardenmengen deutscher Noten, die unsere Seere in den besetzten Gebieten hinterlassen hatten, durch die während des Krieges im Auslande aufgenommenen Kredite usw. Und wir haben uns seitdem noch immer weiter verschuldet, seit Aufhebung der Blockade, indem wir mehr einzeln ausbüßten, vor allem aber schon in den ersten Monaten seit dem Beginn des Waffenstillstandes durch das verhängnisvolle Loch am Rhein, durch die Offenlegung unserer Weingrenze, an der die deutsche Zollüberwachung faktisch beseitigt wurde und über die nun die Waren, notwendige und gänzlich überflüssige, wild hereinströmten, während gleichzeitig dort, wie im Süden und Norden, weitere Milliarden von Noten heuerlich in die Kapitalins Ausland gingen. Wir leiden verhängnisvoll darunter, daß der Arbeitsertrag in Deutschland zurückgegangen ist, daß wir nicht mehr Waren für die Ausfuhr herstellen. Was wird die Folge sein? Wir werden bald auf dem Punkte stehen, wo das Ausland die entwerteten deutschen Noten nicht mehr haben will — wo wir nicht mehr werden kaufen können. Dann werden uns die Rohstoffe gänzlich fehlen, die wir ja auch bisher trotz Blockade-Aufhebung nur ganz ungenügend erhielten, und dann werden wir an Lebensmitteln wieder und entsetzlich verdrängt den Mangel leiden, der jetzt durch die fremde Zufuhr in einigen gemildert war. Dahin darf es nicht kommen. Wir müssen das unrige tun, durch Arbeit. Aber auch die Welt muß das ibrige tun, indem sie klarer erkennt, was ist. Das aber befragt: man muß uns Kredit geben, sonst geht es nicht. Wir brauchen ihn für das, was wir während des Krieges bis zum Neuesten aufgebraucht und entbehrten hatten, für Lebensmittel und Rohstoffe.

Und das Entscheidende ist nun, daß — andere hierin in ganz ähnlicher Lage sind wie wir. Die deutsche Valuta sinkt, aber die französische und die italienische, von anderen zu schweigen, geht auch immer weiter bergunter. Wir brauchen Kredit. Aber auch Frankreich und Italien sehen sich bedrängt von riesigen schwebenden Schulden, die in absehbarer Zeit fällig werden, ohne daß sie heute wüßten, was dem auszu-

holl, und sogar für England ist das ein Gegenstand der Sorge. Wir brauchen die wahre wirtschaftliche Völkergemeinschaft, in der alle ihre Kräfte zusammenlegen, um aus dem Chaos herauszukommen. Aber ganz Europa braucht sie, weil ganz Europa mehr oder minder stark von dem Chaos bedroht ist und nur Amerika als einziger Geldgeber großen Stiles übrig blieb.

Ausländisches Urteil über Deutschlands Wirtschaftslage.

Der auf die Leipziger Messe entwandte Sonderberichterstatter des holländischen „Telegraaf“ schreibt in einem Rückblick „Der Wille zur Wiederherstellung“: Das Vermögen, sich der neuen Lage anzupassen und die Zuversicht seien in der deutschen Industrie in großem Maße vorhanden. Diese ungekürzte Energie, die nur auf eine Gelegenheit warte, sich zu äußern, finde jedoch keinen positiven Angriffspunkt. Es fehle nämlich das Hauptelement, der Wille zur Arbeit bei den deutschen Arbeitern.

Die Aussichten der Brotversorgung. — Zwangs-wirtschaft.

Ueber die Aussichten in der Brotversorgung erfahren die „F. R. N.“ an zuständiger Stelle: Die bei den Behörden einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die vorläufigen Ernteschätzungen zu niedrig gegriffen waren, während die tatsächlichen Feststellungen der bisher eingebrachten Ernte insbesondere auch die Durschergebnisse, weit bessere Resultate zeigen. Die Aussichten für die Brotversorgung Deutschlands können darum als günstig bezeichnet werden. Bei guter Ablieferung des Brotgetreides durch die Landwirte kann es nach Ansicht der Reichsgetreidestelle „Bielefeld“ gelingen, die Brotversorgung Deutschlands ohne fremde Zufuhr selbst dann zu gewährleisten, wenn durch die Herabsetzung des Ausnahmslooses höhere Anforderungen an die deutsche Ernte gestellt werden müssen. Für die deutsche Volkswirtschaft wäre es von ganz ungeheurer Bedeutung, wenn auf die Zufuhr des teuren Auslandsgetreides verzichtet werden könnte. Die restlose Ablieferung der Getreide bauenden Landwirte kann dem deutschen Volke Riesensummen ersparen, bzw. diese Summen für die Zufuhr von anderen dringend benötigten Rohstoffen oder von Futtermitteln freimachen.

Reichs Ernährungsminister Schmidt empfing dieser Tage die Vertreter des Landesauschusses der Niederlande, die zwecks Aufhebung der Zwangswirtschaft vorstellig geworden waren. Schmidt nahm Bezug auf die Beratungen mit den Vertretern der Gewerkschaften, der Einzelstädte, des freien Handels und der Landwirtschaft in dieser Frage, wo sich die beiden ersten Gruppen für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, der Kartoffeln ausgesprochen hatten. Bei freiem Verkehr kann man niemand zwingen, die Ware herauszugeben. Nichtpreise würden nicht innegehalten. Bei einer Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung würden viele Kartoffeln den Brennereien zufallen und dem Verbrauch als Nahrungsmittel entgehen. Wollte man Brot aus dem Mehl backen, das aus dem Ausland eingeführt wird, so würde das 4-Pfund-Brot 8 M. kosten. Auch die bisherigen Erfahrungen bei der Freigabe einzelner Lebensmittel seien durchaus unglücklich. Deshalb seien die Forderungen nicht akzeptabel. Gegenüber der Befürchtung der Arbeiterführer, daß es zum Lieferungsstreik kommen würde, betonte der Ernährungsminister, er werde dafür sorgen, daß die Arbeiter ihr Brot bekommen. Er lasse sich durch die Drohungen nicht einschüchtern. In keinem Falle sei jetzt an einen Abbau der Zwangswirtschaft zu denken, wenn man sich der Verantwortung, das ganze Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, bewußt sei.

Der Streit in der U.E.P.

Als die Unabhängigen aus der Sozialdemokratischen Partei austraten, versicherten sie immerzu, daß sie die eigentlichen Hüter der sozialdemokratischen Grundzüge seien und daß ihre Partei das darstelle, was die alte Partei zuvor gewesen war. Dieser Auffassung entsprechend nennen sie sich auch heute noch Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Indes ist immer klarer geworden, daß der Anspruch der Unabhängigen, sich noch sozialdemokratisch zu nennen, nicht mehr aufrecht zu erhalten ist und daß sie etwas ganz anderes darstellen, als was die sozialdemokratische Partei jemals gewesen ist. Es gibt im unabhängigen Lager zwar noch sozialdemokratische Elemente, aber die nehmen sich dort beinahe schon wie Fremdkörper aus. Von den beiden bedeutendsten Theoretikern des Marxismus hat Bernstein wieder den Weg zur alten Partei zurückgefunden, und bei Kauply stellt sich, namentlich seit Erscheinen seines neuen Buches über „Terrorismus und Kommunismus“, heraus, daß er mit seinen ganzen Anschauungen der alten sozialdemokratischen Partei hundertmal näher steht als jener, die ihn äußerlich noch den Abren nennen darf.

Die Kauply ist auch Kaase vollständig in die Debatte gefügt und kann noch in stände, einen Rest sozialdemokratischer Anschauungen in der Partei gegen den Aufbruch der Arbeiterklasse festzuhalten. Das zeigte sich sehr deutlich in einer Bezirksversammlung der Groß-Berliner U. E. P. D., in der Kaase den Parteikonferenzmitgliedern verteidigte, während

Däumig es als die Pflicht der Unabhängigen bezeichnet, den parlamentarischen Institutionen rücksichtslos entgegenzutreten. Gaase mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, auch er wolle durch Demokratie zum Sozialismus und untersehe sich infolgedessen gar nicht von den Rechtssozialisten. Däumig, der sich abermals zur Kätebilität bekannte, forderte reinliche Unterscheidung zwischen Reformsozialismus und revolutionärem Sozialismus.

Es ist zweifellos, daß Däumig, der sich vom sozialdemokratischen Programm völlig abgewendet hat, denigens in Berlin die Mehrheit der Parteianhänger hinter sich hat. Die Anhänger des Parlamentarismus in der U. S. P. D. wie z. B. Gaase, wagen es zumeist gar nicht mehr, die Demokratie als das entscheidende Kampfmittel für den Sozialismus hinzustellen, sie behaupten immer nur jammernd, wenn man das eine tun wolle, brauche man das andere nicht zu lassen, und neben der Kätebilität sei auch der Parlamentarismus eine ganz brauchbare Einrichtung, Däumig hat vollkommen recht, wenn er sagt, das es hier kein sowohl als auch, sondern nur ein entweder oder gibt.

Nun ist aber die deutsche Demokratie, wie sie durch die neue Reichsverfassung errichtet worden ist, gar nicht einseitig parlamentarisch. Sie läßt auch die direkte Gesetzgebung durch das Volk zu, es ist also möglich, durch Volksbeschlüsse über den Lauf des Parlaments hinweg Gesetze zu erlassen und sogar auch die Verfassung nach Belieben zu ändern. Nach der Verfassung wäre z. B. ein völlig gewaltloser Übergang von der Demokratie zur Kätebilität möglich, wenn nur die Mehrheit des Volkes für sie stimmt. Die Anhänger der Kätebilität müßten also immer wieder gefragt werden, ob sie denn zur Erreichung ihres Ideals den unblutigen Weg der verfassungsmäßigen Volksabstimmung überhaupt schon in Erwägung gezogen haben, oder ob die Sache auf alle Fälle mit Handgranaten gemacht werden muß. Leute, die ähnlich wie Däumig denken, gab es schon Anfang der vierziger Jahre in der Partei. Zwar war das Kätebilitätssystem damals noch nicht erfunden, aber die Beteiligung am Parlamentarismus wurde von ihnen als faules Kompromiß abgelehnt, da die soziale Frage nur auf der Straße zu entscheiden sei. Diese Leute wurden aber damals von allen führenden Parteigenossen, Bebel voran, aufs allerhöchste beföhelt und alsbald, soweit sie nicht wieder Vernunft annahmen, aus der Partei ausgeschlossen. Die Gerechtigkeit gebietet zu sagen, daß die Spekulation auf die Straße unter der Monarchie und dem Dreiklassenwahlrecht bedeutend verändlicher war als heute, wo der demokratische Volksstaat für den unteren alten Führer kämpft, verwickelt ist. Inbes werden solche Betrachtungen die Zerfetzung der U. S. P. D. nicht aufhalten. Diese Partei, die einst den Brudertritt in Me Reußen der alten noch einzigen Partei trug, hat heute selber den Brudertritt im Leibe. Sie vermag die Arbeiterklasse nicht zu einigen, sondern nur noch immer weiter zu spalten und zu zerplündern. Und dieser Prozeß wird weitergehen, bis endlich die ganze Arbeiterklasse einsehen wird, daß es keine Einigung gibt als auf dem Boden der Demokratie.

Schweiz.

Abstimmung der Sozialdemokratie über den Eintritt in die dritte Internationale.

Basel, 12. Sept. Bis jetzt hat die Abstimmung zum Beitritt der dritten Internationale 2865 für und 4514 gegen den Eintritt ergeben. Es wählen noch einige Sektionen, die bis zum 12. Sept. abends ihre Stellungnahme bekannt geben werden. Diese Einzelresultate können jedoch das Gesamtergebnis nicht mehr wesentlich beeinflussen. Infolgedessen tritt die schweizerische sozialdemokratische Partei aus der zweiten Internationale aus, geht über nicht zur dritten Internationale über. Die einzigen bis jetzt mit schwacher Mehrheit annehmenden Kantone waren Zürich, Basel-Stadt und Basel-Land.

Französisch.

Friedensvertrag und Zahlentafel.

Paris, 12. Sept. Die Kammer fuhr mit der Prüfung des Friedensvertrages fort. Minister Loucheur jagte, wenn es sich um vorfrüherige Milliarden handeln würde, könnte Deutschland nicht bezahlen. Aber letzter sei der Wert einer Milliarde auf ein Drittel gesunken. Der Minister ist der Ansicht, daß die Tätigkeit der Deutschen, wie sie vor dem Kriege bestand, wieder aufleben werde. 460 000 Tonnen Material seien schon wieder in ihr Land gebracht und 120 000 Tonnen an ihren Herkunftsort zurückgeliefert worden. Deutschland werde 80 Proz. der Maschinen aller Marken lie-

fern müssen, um die Fabriken der befreiten Gebiete wieder in Laad zu setzen. Alle Hilfsquellen, über die Deutschland verfüge, müßten in den Dienst der befreiten Gebiete gestellt werden. Hinsichtlich der Platte sagte der Minister, daß er überzeugt sei, daß Frankreich an den Gerechtigkeitsfinn der Allierten appellieren könne und daß dann keine Verteilung statfinden werde, bevor die französischen Verluste ausgeglichen seien. 8.8 Millionen Tonnen seien auf Ende 1920 bestellt. Wir müssen aber auf 5 Millionen Tonnen kommen, um die Unschiffbarkeit Frankreichs im Handel behaupten zu können. Der Minister sprach die feste Hoffnung aus, daß die Bevölkerung des Saargebietes sich nach 15 Jahren für Frankreich aussprechen werde. Deutschland wird durchschnittlich im Monat 2.5 Millionen Tonnen Kohlen liefern müssen einschließlich derjenigen des Saargebietes. Gegenwärtig kommen aber nur 1 168 000 Tonnen heraus. Er schätzt den Wert der aus Deutschland ausgeführten Kohlen vor dem Kriege auf 2.5 Milliarden und erklärt, daß diese Ziffer verdoppelt werden könnte. Deutschland habe so die Möglichkeit, jährlich 5 Milliarden zu zahlen. Der deutsche Steuerzahler werde 1 1/2 mal stärker belastet sein als der französische, wenn man die Mark zu 85 Centimes verrechne.

England.

Gewerkschaftskongress und direkte Aktion.

London, 12. Sept. Nach einer Reutermeldung aus Glasgow hat der Gewerkschaftskongress eine Resolution angenommen der direkten industriellen Aktion in politischen Fragen mit starker Mehrheit angenommen. Die Entschliessung wurde nach einer längeren Reutermeldung in der Form angenommen, daß ein Antrag gegen die direkte Aktion mit 2 1/4 Millionen Stimmen gegen 2 085 000 Stimmen verworfen wurde.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Die Kriegsgefangenenfürsorge teilt mit: Die in Frankreich geführten Verhandlungen wegen Auslieferung der in amerikanischem Gewahrsam sich befindenden Kriegsgefangenen hat zu dem Ergebnis geführt, daß vom 17. September ab täglich 2000 Mann der in amerikanischer Hand befindlichen Gefangenen ausgeliefert werden.

Danzig. Am Donnerstag hielt sich in Danzig der amerikanische Oberleutnant Hoosfeld auf, um zu prüfen, in wieviel Danzig als Verpflegungsbasis für amerikanische Truppen in Betracht komme, da vielleicht später Oberbefehlshaber befehligt werden soll.

Ein Unabhängiger als Bürgermeister bestätigt. Der preussische Minister des Innern hat die Wahl des Stadtrats und Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Pöfller, Mitglied der U. S. P. D., zum ersten Bürgermeister von Zeitz bestätigt.

Mex. Agence Havas. Seit Donnerstag mittag ist auf dem ganzen eisenbahningebiet Eisenbahnverkehr der Generalstreik ausgesetzt. Es verkehren nur Lebensmittelfzüge.

Posten. Reuter. Donnerstag abend kam es infolge des Postausstandes zu weiteren Ausstellungen. Es wurde eine starke Truppenabteilung zur Wiederherstellung der Ruhe aufgegeben. Bei den Kämpfen in den Straßen wurden drei Personen getötet und mehrere verwundet.

Schweizer Brief.

Pt. Basel, 10. Sept. Der Jugendtag der schweizerischen Sozialisten nahm an den Orten, wo er durch die Behörden nicht verboten war, einen ruhigen Verlauf; das teilweise starke Militär- und Polizeiaufgebot hatte nirgends Gelegenheit zum Einwirken mit der Waffe. Die Teilnahme hat im allgemeinen den Erwartungen nicht entsprochen, in Basel z. B. mochten es kaum etwa 2000 gewesen sein. Auch in Bern war die Beteiligung eine sehr schwache, während die treffschweizerischen Städte überhaupt auf die Abhaltung solcher Demonstrationenveranlassungen verzichteten.

Der Kampf in der schweizerischen Arbeiterkategorie für und gegen die dritte Internationale ist nun eröffnet und er wird im nächsten Tage geföhrt. Schon der Anfang hat gezeigt, daß die Stimmung für die 3. Internationale gar keine so zuverlässige ist; die Gegnerkategorie ist größer, als man glauben möchte. Die „Berliner Tagewacht“, die sonst immer den radikalen Flügel der Partei repräsentiert, gibt unumwunden die Parole für die Verwerfung des Anschlusses an die dritte Internationale aus. Der „Basler

Vortrags“, das „Volkrecht“ Zürich, deren Redaktionen sich für die dritte Internationale ausgesprochen, geben auch den Gegnern Raum zu kräftigen Abwehren der dritten Internationale. Aber sämtliche Parteiführer in Basel und Zürich haben an die Arbeiterschaft die Aufforderung gerichtet, den Anschluß an die dritte Internationale zu verwerfen, weil die Voraussetzungen für den Anschluß in der Schweiz noch nicht vorhanden sind. Man rechnet in schweizerischen Parteikreisen bereits ganz sicher mit der Ablehnung des Anschlusses. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß die schweizerische sozialdemokratische Partei in der Ablehnung der zweiten Internationale durchaus einzig ist. Dafür würde man nur wenige Stimmen finden.

Einig ist die schweizerische Sozialdemokratie auch in der Ablehnung des Anschlusses an den Völkerbund, eine Versicherungsgesellschaft für imperialistische und kapitalistische Interessen. Die gesamte sozialistische Presse nimmt in der schärfsten Weise gegen denselben Stellung und bis jetzt hat der Völkerbund von der Sozialdemokratie noch nicht einen einzigen Verfechter gefunden. Aber im Kampfe gegen den Völkerbund hat die Sozialdemokratie die Zustimmung der gesamten schweizerischen Sozialisten und das deshalb, weil dem Parteipapier im Völkerbund nicht das geringste Mitspracherecht eingeräumt ist. Abgelehnt wird der Völkerbund auch von den schweizerischen Demokraten. So wie jetzt die Stimmung ist, ist mit einer Ablehnung des Anschlusses der Schweiz an den Völkerbund mit absoluter Sicherheit zu rechnen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Gegen den Bauern-Volkswirtschaft.

In scharfer und einschneidender Weise wendet sich die amtliche „Basler Zeitung“ gegen Strömungen in der badiischen Landwirtschaft, die den Bauern die Landwirte zu veranlassen, mit der Ablehnung des Getreides zurückzuhalten, bis die Preise die gewünschte Höhe haben. Bei der Bepflanzung der Regierung mit den Landwirten vom letzten Montag im Landtag hat ein Vertreter der Landwirtschaft von der Regierung verlangt, daß sie von sich aus die Getreidepreise erhöhe und zwar so, daß sie bei entsprechender Umrechnung unserer Anpandaluta dem Weltgetreidepreis gleich kommen. Das heißt: die deutsche Mark soll nicht im Werte von einer Mark angeheftet werden, sondern gemäß der Auslandsvaluta in Höhe von etwa 80 A. Um die Sache mit Zahlen auszudrücken: legen wir einen Normalpreis von 325 A für das ausländische Getreide fest, so müßte demnach der Inlandpreis etwa das Dreifache, also zirka 1100 A betragen — wenn die Reichsregierung, der ja gesetzmäßig die Regelung dieser Fragen zusteht, jene Forderungen bewilligen wollte. Tatsächlich bekommt der Landwirt heute aber schon zirka 425 A. und dazu noch die Fruchtprämie in Höhe von 150 A. Er bekommt also zirka 575 A mehr, als der normale Auslandspreis für Getreide beträgt.

Ueber die Konsequenzen der Bewilligung solcher Forderungen macht das amtliche Blatt folgende Ausführungen:

Jebermann wird sofort begreifen, daß die Forderung ein sach abernichtig ist. Denn was würde wohl geschehen, wenn die Reichsregierung sie erfüllen wollte? Es würde sofort eine jede Berufsschicht unseres Volkes — Produzenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter — mit der gleichen Forderung kommen; auch diese Berufsschichten würden verlangen, daß bei den Preisen und Entlohnungen nicht die Inlandsvaluta (also eine Mark für eine Mark) zugrunde gelegt wird, sondern die Auslandsvaluta, das heißt also 80 A für eine Mark. Die familiären Preise, Gehälter und Löhne würden also um das Dreifache erhöht werden müssen. Auch der einfältigste Mann aus dem Volke ist heute geistig genug, um sich klar zu machen, was das bedeuten würde. Es wäre der Sprung in's Bodentief!

Man kann und muß die Regierung unterföhren, wenn sie mit Energie sich bemüht, diese demagogischen Strömungen zu unterdrücken, denn ihre Durchführung würde die Katastrophe, den Zusammenbruch bringen. Die Bauern müßten deshalb die ernste Mahnung, die die Regierung am Schluß des Artikels an sie richtet, beherzigen; es heißt da:

Wir rufen die dringende Mahnung an die Landwirtschaft treibende Bevölkerung in allen ihren Schichten, sich zu wehren gegen eine Vorbeugung, wie sie neuerdings in Erscheinung getreten ist, sich bemüht zu sein der unangehörigen Ernährungshilfsleistungen, mit denen die bäuerliche Bevölkerung zu kämpfen hat — und zwar auch dann, wenn sie und da einmal ein reich gewordener Schieber prahlt und schlemmt — Einsicht und Verständnis aufzubringen für die Notwendigkeiten unserer wirtschaftlichen Lebens und sozialen Gefühl zu entwickeln bei einer Frage, bei der es sich um das Wohl des ganzen Vaterlandes und um die Existenz eines jeden Volks-

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

14. Peter Brüner — der „große“ Anstiebler, wie sie ihn in Bodelsch-Dorf nannten — suchte eine Waise. Die Frau konnte die Arbeit nun wirklich nicht mehr allein schaffen. Meistlich war sie's gewöhnt, reinlich mußte es um sie sein; so war sie eines Tages beim Scheuern der Dielen, die all die letzten Fische, die vom aufgeweckten Freilichtkinder herbeigekappten, immer wieder und wieder beschmutzten, zusammengebracht.

Der besorgte Gemann lief ins Dorf, um eine Hilfe zu suchen. Aber da konnte er so lange reiskum geben und hier und dort anklopfen. Im Winter vielleicht, da könnte er ja mal wieder anpöckeln! Jetzt würde sich kein Mädel bereit finden lassen, jetzt ging man in die Ernte und hatte weit größeren Verdienst. Am Dierfeiertag hatte der Agent, der Meir Götz aus der Kreisstadt, im Krüge beim Eweich geessen und Buriden und Mädchen angeworben nach Sachsen und Anhalt zum Schnitt und für die Mähen nach Gals (Galle).

Ganz verzweifelt kam Brüner heim. Dieses gottverlassene Land, nicht einmal für sein gutes Geld konnte man eine Hilfe kriegen! Er machte sich selber an die Hausarbeit, denn die Frau lag im Bett, hatte das Gesicht gegen die Wand geklebt und wimmerte leise.

Verächtlich drängten sich die kleinen Mädchen in einer Ecke zusammen, es war ihnen so ungerührt, daß die Hand der Mutter nicht für sie sorgte. Am Abend half zwar Setzchen den jüngeren zu Bett, aber am Morgen konnte sie mit dem Böpfelechten nur langsam fertig werden; aus Furcht, zu spät in die Schule zu kommen, machten sich alle drei heftend auf den Weg, und das Kleinste, das keine Milch nicht zur gewohnten Zeit bekommen hatte, läris dabei Peter.

Die heiße Stirn gegen die Ecke gedrückt, starrte der Anstiebler hinaus ins unwirkliche Land. Der Regen troff, der Wind peitschte ihn gegen Fenster und Hauswand, und die Weiße war grau verhangen. Aus dem Stall tönte das hungerige Brüllen des Viehs.

„Peter“, rief kräch die Frau vom Bette her, „hat das dich dann noch nig?“

„Ne.“

„An find die Küß dann noch nit gemolten?“

„Ne.“

„Ach Jesus!“ Frau Kettchen leuzte; mühsam richtete sie sich auf und quakte nach ihrem Mann hin. Der stand in bescheidenem Trost.

Als er gleich danach hinausgegangen war — sie hörte ihn dranhin mit den Meckemern rassen und dazu laut auf den Valentín, den Dummer, schelten — raffte sie sich doch wieder auf. Es half ja nichts, ganz allein kam der Peter nicht zu Stande! Ja, wenn der Valentín noch so wäre wie früher! Aber der hatte jetzt gar keine Augen, keine Ohren, keinen Sinn für seine Eltern. Immer war er hinter dem polnischen Mädchen her. Alle Abend bis spät lag er in der Försterei. Und heute, statt den Stallwinger auf den Schloß fürs Widemengenge zu schaffen, hatte er den Braunen angepöckelt und war nach der Kreisstadt gefahren: er mußte notwendig den Galspeter holen für den Gerstenkloß. Gewiß hatte er sich mit ihr verabredet, mit der Tochter des Freilichtkinder, denn er hatte lange am Pferd gepöckelt, auch das neue Storkwägelchen genommen, trotz des schlechten Wetters; und als er dann in die Stube hineingekniet hatte zum Abdieu, war er selber so schmand anzu sehen gewesen wie ein Bräutigam.

Die Mutter hatte recht vermutet. Während sie sich daheim plagten — was hoff's Brüner, er mußte nun doch die kranke Frau sich allein überlassen und hinaus aufs Feld gehen —, fuhr Valentín mit Stoffa zur Kreisstadt. Gestern, als er nach Feierabend bei ihr geessen, hatte sie den Mundschmeißer, doch auch von der Diermesse auf dem Dompfah noch etwas zu sehen zu kriegen. Sie hatte ein Mädelchen gezogen: wie lange noch, und die Buben, die vom Frost her noch standen, wurden abgedrocken, und sie hatte nicht einmal ein Stück Sonigpfaden gekauft!

Drohend hatte der Förster bei ihrem kühnend heranzubachten Mädel gelacht, und die Försterin hotzig dem jungen Mann zugewinkt.

Es ja, wozu hatte man denn zu Haus Wagen und Pferd? Aber offen darum zu erfragen, hatte der Sohn sich nicht getraut. Wenn der Vater es wußte, daß es sich um die Förstertochter handelte, würde er den Wagen sicher nicht bekommen. War der doch böse, ja geradezu wütend geworden, als

er, Valentin, sich auf des Freilichtkinder Seite gestellt hatte. Und Freilichtkinder war wirklich ein ganz unangenehmer Mensch, man mußte ihn nur zu nehmen wissen. Jetzt hing freilich des Vaters Gewehr in der Försterei, aber daran war er selber schuld — warum gleich so groß? — ein gutes Wort ist keine Schande. Hatte Freilichtkinder nicht auch jetzt zu verstehen gegeben, daß er die Sache gern vergessen sein lassen würde? Eine Anzeige müßte er also doch noch nicht entlassen haben. Ueberhaupt, daß der Vater immer auf den „Poladen“ hämpfte, war hier ganz und gar nicht angebracht! Der Förster konnte so gut deutsch, hatte den großen Krieg mitgemacht, hatte ebenso gut den Franzosen gegenüber gestanden wie der Vater, war sogar ausgezeichnet worden durchs Eiserne Kreuz! Förster Freilichtkinder hatte dem aufstrebenden jungen Mann viel von Siebzig erzählt und von jenen Tagen, in denen er seine Zeit abgeben hatte bei den Breslauer Käuern. Und Valentín war ganz uniponnen worden von dem Reiz, den die Förstertochter auf ihn ausübte, die, einsam im wilden Wald gelegen, voll war von Gewehren und aufgeschloffenen Wägen und allerlei Gehör, und in der das hübscheste Mädchen lag, das er je gesehen hatte.

Lange hatte der junge Burche die Försterei umkreist und sich nicht hineingetraut. Recht erbärmlich war das Gütchen von außen anzusehen, ziemlich verwaschen; ein großes Einkommen mußte die Stelle nicht abwerfen. Also doppelt war's anzuerkennen, daß die Stoffa immer so sauber ging!

Acht Tage waren verstrichen seit jenem Abschied von ihr beim Dorndübel am Moorrand, und Valentín hatte sie immer noch nicht wiedergegesehen. Aber die Erinnerung an sie hatte ihn nicht verlassen; die neidie ihn, verfolgte ihn, zerte ihn immer wieder zum Moorrand, daß er dort stand und hinüberguckte, wo hinter den Kuffeln der dünne Rauch der Försterei sich kräufelte. Endlich hatte er sie wieder getroffen — ob durch Zufall, ob durch Absicht? Jedenfalls hatte sie sich getraut, ihn zu sehen. Sie hatte gelächelt, daß die Grünschen in ihren Mähen tief wurden. Als sie langsam miteinander geständert, hatte sie ihm beim entblenden Beduwohl feil die Gond gedrückt: „Komme doch zu mir, wenn du magst! Ich werde aneinen Eltern von dir sagen!“

Und er war gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

tionen sich für den Begnern... die Arbeiter... die dritte An... für den An... rechnet in... die zweite... man mit... in der Ab... bünd, eine... tatische An... der idarffien... der Völkerver... der Sozial... schen Stoffs... ergebende nicht... gelehrt wird... So... Anstufung... zu rechnen.

genossen handelt. Was die badiische Regierung betrifft, so wird sie natürlich kein geeignetes Mittel unterjucht lassen, um die ge... schiderte Gefahr zu beseitigen und eine Katastrophe abzuwenden.

Die Eisenbahn gegen den Obstand.
Freiburg, 11. Sept. Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung der Eisenbahner statt, in welcher beschlossen wurde, ein Ultimatum an die Regierung abgeben zu lassen, worin innerhalb 48 Stunden Forderungen für den Obstand seien, widrigenfalls die Obstände von der Bahnbeidung ausgeschlossen würden. Falls deslorierte Waggons wollen die Eisenbahner der Beschlagnahme zustimmen. — Mit dem letzteren hat man bereits einen vierhundertjährigen Antiana gemacht, denn ein Wagon mit über 100 Zentner Antiana, der unter falscher Deklaration von einer auswärtigen Station hier anlangte, wurde beschlaggenommen und dem Lebensmittelamt zugewiesen, wo die Preisfögen zum Mindestpreis von 20 Pf. gegen Abzug fanden.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

München, 9. September 1919.

Von besonderem Interesse ist heute die Vernehmung des Kaufmanns Georg Pfister, eines stark nervösen Mannes, der im Felde verschütet worden und eben aus dem Lazarett entlassen ist. Er bleibt zunächst unverbüdet, da er zur kritischen Zeit der dritte Kommandant des Luitpold-Gymnasiums gewesen ist. Er erkennt fast alle Angeklagten wieder und bekundet, er sei bis zum 14. April Vertrauensmann bei der damals noch bestehenden Republikanischen Schutztruppe gewesen, welche die alte Regierung stützte. Schließlich ging er seiner Stellung verlustig. Er will

einen amtlichen Auftrag

gehabt haben, als er sich im Gymnasium um eine Stellung bei den Kommunisten bewarb. Er behauptet, im Besitz einer amtlichen Erklärung gewesen zu sein, dass wenn das Gymnasium kampffähig übergeben, kein Mann erschossen werden würde. Leider sei es ihm nicht gelungen, seine Kameraden auf diesen Weg zu bringen.

Vorsitzender: Wer ordnete an, daß die Geiseln in den Keller kamen? Zeuge: Seidl. Vorsitzender: Wie war die Behandlung der Geiseln? Zeuge: Die Behandlung der Hufaren war unndsgemein. Der Zeuge schildert dann, daß er zweimal behaftet worden ist. Seidl sagte, das Tribunal hätte Mitteilung erhalten, daß ich mit der alten Regierung in Verbindung stände. Ich hätte bis dahin noch nichts zur Verteidigung angeordnet. Ich beiriet alles und schimpfte auf die Weisse Garde, um mich zu schützen.

Die Sache sollte vor dem Tribunal zur Verhandlung gelangen. Wir selbst wurde ein Schweigegebot auferlegt. Inzwischen kamen die beiden Hufaren ins Gymnasium und Hesselmann brachte sie zu mir ins Zimmer. Ich fragte ihn dabei: Was ist mit mir los? Darauf sagte er: Keine Sache ist sehr brenzlich, du wirst wohl auch dran glauben müssen. Es hieß dann, die Weisse Garde rütelten zum Angriff auf das Gymnasium. Darauf wurden die Posten informiert, daß alle Geiseln zu erschlagen seien. Sobald das Gymnasium ins Gefecht kam. Die beiden Hufaren wurden förmlich mißhandelt. Beide mußten Stuben fegen und Schüsseln reinigen. Als dem einen das Blut in die Schüssel lief, wurde er nochmals geschlagen. Man rief den Hufaren zu: Mit Euch Kubers machen wir er genau so. Ihr müßt Euch vorher Euer Grab selber ausheben. Als die Geiseln zum Kartoffelschalen auf den Hof gebracht wurden, hieß man den Weisse Garde zu: So, jetzt kommt mit, Ihr Hunde. Jetzt machen wir es mit Euch so, wie Ihr es mit uns machen würdet. Dann wurden sie zu zwei und zwei auf den Hof geführt und dort hieß es: Hall! Rechts schau! Da standen in Abständen von 5 Metern schon die Hufaren an der Feilermauer. Es kamen mehrere Schüsse auf den Hof, darunter Josef Seidl, der Kantinenwirt, den der Zeuge wiedererkennt. Er nennt auch noch die Namen anderer Personen, die aber nicht auf der Anklagebank stehen. Der Zeuge fährt dann fort: Als die Schüsse auf die Hufaren trafen, bekam ich einen schweren Verwundung. Als ich wieder zu mir kam,

ich sah Seidl bei den Leichen stehen. Hesselmann und Schillhofer habe ich nicht gesehen. Vorsitzender: Haben Sie das Kommando zum Feuern gehört? Zeuge: Nein, es hat mich gewonnen, daß plötzlich Schüsse fielen. Ich war sehr aufgeregt. Einer der Hufaren schlug noch mit den Händen um sich, darauf erhielt er einen Krugschuß. Für mich wurde dann ein Arzt geholt und ich wurde hinausgetragen. Einer der Soldaten erkannte mich wieder und sagte: Der war doch früher bei der Schutztruppe. Der gehört auch erschossen. Er ist nur als Spion hier. Der Zeuge bestätigt, daß

das Verhör der Geiseln eine reine Farce war. Bei der Abführung der Geiseln in Krupps ist die Bemerkung gefallen: „So, das sind die, die für die 20 bei Horlenried erschossenen Rotgardisten niedergeknallt werden.“ Gleich darauf trafen auch die Schüsse. Rechtsanwalt Liebnecht: Was haben die Hufaren darauf erwidert, daß sie Rotgardisten erschossen hätten und daß Koppschüsse ausgeföhrt seien? Zeuge: Das weiß ich auch nicht. Sie haben eben nicht viel erwidern können. Der Angeklagte Schillhofer springt erneut auf und hält dem Zeugen vor, daß er doch einen großen Teil der Anordnungen bei der Erschießung selbst getroffen habe. Zeuge: Aber das ist doch Unsinn, Du warst doch mein Vorgesetzter. Schillhofer: Almsgeheht, Du warst der Vorgesetzte. Zum Schluß gibt Zeuge noch an, daß mit den vorhandenen Stempeln im Gymnasium viel Unfug getrieben wurde. Jeder kempelte, was er wollte.

Der Staatsanwalt widerspricht der Bereidigung des Zeugen, weil dieser im Verdacht der Mithäufigkeit stehe. Der Zeuge wehrt sich dagegen und gibt an, er habe heimlich aus dem Gymnasium die Patronen fortgeschafft, die Handgranaten unbrauchbar und das Maschinengewehr in Unordnung gemacht. Die Angeklagten halten ihm demgegenüber vor, daß er die Neugruppierung der Roten Armee vorgenommen habe. Zeuge: Ja, wohl, aber nur in bezug auf die Verpflegung. Der nächste Zeuge Ebner hat Schillhofer auf dem Hof bei der Erschießung gesehen. Der Rotgardist Pöge bekundet, daß Leuten und Lebin-Nissen im Gymnasium waren, als die Geiseln erschossen wurden. Ein anderer Rotgardist der zum Aktionsausschuß gehörte, erklärt, daß die geheime Sitzung vom 20. nicht unbedingt die Geiselerlöschung zum Gegenstand gehabt haben müsse. Es könne auch eine einfache Parteiliste gewesen sein. (Wenigstens.) Zeuge Josef Schneider, der zur Wachmannschaft im Gymnasium gehörte, erklärt, von seinen der Wachmannschaft sei alles getan worden, um den Leuten ihre traurige Lage zu verbessern. Der Zeuge gibt an, daß der Chauffeur Seidls, ein gewisser Kammerdiener, zu ihm gesagt habe: „Wiederholungen habe ich sie schon helfen, aber den Mut, ihnen die Papiere aus der Tasche zu holen, habe ich doch nicht gehabt. Wir graut davon.“ Er, der Zeuge, habe dann zu Kammerdiener gesagt: „Hole Dir doch ein paar Russen, die werden es schon machen!“ Auf die wiederholten Fragen des Staatsanwalts bleibt der Zeuge bei seinen Aussagen, die Kammerdiener schwer belasten.

Hierauf wird unter großer Bewegung des Publikums der

zwischen festgenommene Zeuge Kammerdiener durch einen Schutzmann in Zöl vorgeführt. Er wird unverbüdet vernommen und kennt die Angeklagten sämtliche. Auf die Frage, welche Kleidung der Zeuge als Chauffeur getragen habe, erwiderte er: Eine grüne Mütze und wollenen Schal, im übrigen Zivilkleidung. Daß er eine schwarze Lederjacke getragen habe, bestritt der Zeuge. Das ist wesentlich, weil die Angeklagten bei ihrer Vernehmung, ebenso wie mehrere Zeugen, angegeben haben, daß bei der Geiselerlöschung auch ein Chauffeur in der oben beschriebenen Bekleidung mitgewirkt habe. Der Zeuge hat in der Nacht vom 20. zum 21. mit Seidl eine Fahrt nach Mitterbach gemacht und fand am nächsten Mittag in seinem Zimmer in der Kaserne einen Rotgardisten vor, der Seidl in einer dringenden Angelegenheit sprechen wollte. Der Rotgardist habe ihm dann erzählt, in Grünwald seien Rotgardisten erschossen worden und dafür solle jetzt

Regelung geübt werden. Ich benachrichtigte Seidl von der Vorföhrt und der sagte zu mir darauf: Wenn Du den Befehl ausführen willst, kommst Du es tun.“ Ich brachte die beiden Rotgardisten auf den Hof zur Erschießung. Die 8 bis 10 Mann zur Erschießung hat Schillhofer im Gymnasium zusammengeführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer von den Angeklagten mit bei den Schüssen war, deutet Kammerdiener auf den Kantinenwirt Seidl und sagt:

„Der hat mitgeschossen!“
Vorsitzender: Ist das wahr? Zeuge: Er hat ein Gewehr gehabt und mit in der Schützenkette gehalten. Vorsitzender: Können Sie sagen, ob der Angeklagte Seidl auch mitgeschossen hat? Zeuge: Den kenne ich nicht. Angeklagter Seidl: Aber ich kenne Dich sehr genau. Seidl lächelte mich später hinaus, die Papiere der Roten zu holen. Ich sagte zu Schneider, daß ich keine Not anrühren könne. Die Russen, die hingschickt wurden, fanden aber keine Papiere, sondern nur ein paar Wertachen, die ich ins Büro brachte. Am Nachmittag sahen Seidl, Hausmann und Hesselmann im Büro, als das Kriegsministerium anrief. Hausmann ist an den Aparat gegangen, er teilte Seidl mit, daß in Grünwald rote Soldaten erschossen worden sind. „Dafür müßten wir Geiseln erschlagen.“ Seidl hat sich gewonnen, er wußte nicht recht, was er sagen sollte. Dann erklärte er: „Aldann machen wir halt.“ Der Vorsitzende ermahnt den Zeugen, die reine Wahrheit zu sagen. Vorsitzender: Sie sollen geäußert haben: Die Weisse Garde habe ich jetzt erschossen lassen.“ Zeuge bestritt dies. Rechtsanwalt Sauter: „Ein anderer Zeuge hat Sie bereits mit aller Bestimmtheit

als Mithäter bezeichnet.“
Zeuge, sehr erregt: Wer ist dieser Zeuge? Darauf tritt der Zeuge Schneider ohne Auftrag hervor und beide messen sich eine Zeitlang mit den Augen. Der Zeuge Schneider leidet dann stumm auf seinen Platz zurück. Der Angeklagte Josef Seidl springt in höchster Erregung auf und ruf: Kammerdiener zu: „Lüge nicht, Du hast auch mitgeschossen.“ Zeuge: „Nein, Du hast geschossen.“ In sehr aufgeregter Weise greift nun Schillhofer ein und ruf: „Ich habe nichts zu befehlen gehabt. Ihr habt nur immer befohlen. Ihr seid stets zu mir gekommen und ich habe Eure Befehle ausführen müssen. Wenn Ihr mitgetan habt, dürft Ihr nun nicht feige sein, sondern es offen gestehen. Nein, mein Lieber, ich bin nicht im Hof gewesen. Sage mir, daß Du es warst.“ Der Hauptangeklagte Seidl berücht durch Fragen, einen Mißverständnis für die Zeit von 12 bis 2 Uhr zu erklären. Der Zeuge Schneider wird dann Kammerdiener gegenübergestellt. Beide bleiben bei ihren Aussagen.

München, 11. Sept. Am Münchener Geiselmordprozeß wurde eine Reihe Zeugen vernommen, die der Gruppenabteilung angehört hatten, die der Zeuge Kocher führte. Die Aussagen deckten sich mit denen Kochers. Der Zug Peter Schall brachte erschütternde Einzelheiten über die Erschießung der Geiseln. Besonders eingehend schilderte er den Tod der Gräfin Weisarp, des Professors Berger und des Kürten Thurn und Taxis. Bei der Gräfin wurde geurteilt, dieses Sammensch gehört an die Wand. Professor Berger mußte durch eine Gasse voller Gardisten gehen, schreie aber dann bei dem Anblick der Leichen zurück und mußte gewaltsam weitergezogen werden. Als der Kürt Thurn und Taxis immer wieder sagte, er sei unschuldig, wurde der Hauptmann: „Ach, was sollen wir da lange herum machen. Einer von den Hochstapeln ist er alleine, nur fort mit ihm an die Wand!“

Trotzdem die Gräfin von mehreren Angeln in Hals und Kopf getroffen wurde, war sie nicht gleich tot. Darauf gab ein Soldat ihr einen Faustschuß, der den ganzen Kopf zertrü. Beim Verhör des Zeugen Debus, eines 18 Jahre alten Stellners, wiederholte sich die schon mehrmals erfolgte Ueberzeugung, daß die Angeklagten den Zeugen der Mithäufigkeit beschuldigten. Als der Zeuge erklärte, er sei während der Erschießung im Zimmer gewesen, sprach der Angeklagte Neumeier auf und sagte, er habe den Zeugen im Hofe gesehen. Der Zeuge hätte die Befragenen abgeführt. Debus hätte aus mehreren Geiseln die Verlesungen abgenommen. Auf eindringliches Befragen des Vorsitzenden gab der Zeuge zu, daß er von Hausmann mit der Führung der zweiten Geiselngruppe beauftragt worden sei. In den Verlesungen seien nur Lebensmittelstücken gewesen.

Darauf erliefte der Staatsanwalt den Zeugen für berhäufig und Debus wurde abgeführt. Darüber, wer eigentlich das Kommando zum Schießen gegeben habe, entspann sich eine längere Auseinandersetzung, an der sich auch der Angeklagte beteiligte. Der Vorsitzende erklärte schließlich, alles daran zu setzen, um diesen Kommandanten ausfindig zu machen.

Badisch-Politik.

Eine beabsichtigte Irrführung.

Unter vorstehender Stickerkarte bringt der „Badische Beobachter“ in seiner Nr. 413 unter Bezugnahme auf eine im „Volksfreund“ und andern Tageszeitungen vom Verband des deutschen Verkehrspersonals“ erscheinene Notiz, die Notlage der inbaldigen Staatsarbeiter betreffend. Der „Badische Beobachter“ bezog seine Hintermänner im Badischen Eisenbahnerverband versuchen nun, unter Entföherung der Tatsachen die Sache so darzustellen, als sollte diese Notiz die Arbeiterpersönalstafle Abtlg. B der Eisenbahnverwaltung veranlassen, eine Erhöhung der Rentenätze herbeizuföhren, was schon längst vom Vorstand der Arbeiterpersönalstafle in Aussicht gestellt sei. Demgegenüber sei zunächst bemerkt, daß der Verband des deutschen Verkehrspersonals bei jeder Gelegenheit und zuletzt zur Aufschüfung der Betriebskranken- und Arbeiterpersönalstafle den Antrag auf eine den Verhältnissen Rechnung tragende Erhöhung der Rentenätze gestellt hat. Es dürfte aber auch dem Artikelschreiber im „Badischen Beobachter“ nicht entgangen sein, daß belagte Notiz vor allem den Zweck verfolgte, die Öffentlichkeit auf die unhaltbare Lage unserer Alt-Pensionäre, die nicht mehr im Dienst der Verwaltung stehen und nach den bisher gemachten Erfahrungen bei einer Satzungsänderung sehr wahrscheinlich nicht berückföhigt werden, hinzuweisen. Dies geht schon ohne weiteres daraus hervor, daß in der Notiz auf die bereits erfolgten Zulagen von 8 M für Ru-

vididen und 4 M für deren Hinterbliebenen verwiesen wurde, mit dem Bemerkten, daß damit der großen Not nicht pferiert werden kann. Es bleibt also dabei: Der Verband des deutschen Verkehrspersonals“ hat wiederholt um Erhöhung von ausreichenden Teuerungszulagen an Alt-Pensionäre nachgesucht, damit der unwürdige Zustand den Bettelweg beschreiten zu müssen, befeitigt werden kann. Wenn nun der Artikelschreiber am Schluß seiner Ausführungen bemerkt, daß unsere Notiz nur dem Zwecke der Täuschung und Agitation dienen sollte, so fällt diese Unterstellung im Hinblick auf die Verdrehung der Tatsachen böllig auf den Artikelschreiber selbst zurück. Man sollte aber glauben, daß in einem Falle, wo es sich darum handelt, den Vermitteln unter den Armen ihre trostlose Lage zu mildern, jede Presspolemik vermieden werden könnte.

Die „Badische Landeszeitung“ — ein Symptom!

Es ist immer passig und ulfig, wenn irgend so ein bürgerlicher Provinztribun in seinen weltbewegenden Mitteilungen aus seinem Weltbuck heimliche Betrachtungen über allerlei Weltprobleme mit anstellt. Da löst sich z. B. die „Badische Landeszeitung“, zur Zeit Organ des national und freihändler gemintem Bürgerturns aus Donau und Elbe eine lange Geschichte über eine Demonstration der Bevölkerung vor dortigen Gassen erzählen. Der Bevölkerung hatte sich ob des Treibens der Kuräfte eine begriffliche Erregung bemächtigt, die noch gesteigert wurde durch die eigene mangelhafte und schlechte Belieferung. Die Einwohnererschaft demonstrierte deshalb vor den Gassen, wo die reichen Kräfte kauften. Daraufhin verliehen die Kuräfte die Stadt. Um nun dem Berichtshatter der „Bad. Landesztg.“ den ercichteten Stoff zur Kritik zu geben, veranfaßten die freien Turner ein Fest und erhielten zu ihrer Verpflegung, es waren 1500 Mann, ein Schlachtier von 8 Zentner Gewicht zugewiesen. Es ist natürlich ein furchtbares Verbrechen, wenn 1500 ausgemergelte, abgekaffte Proletarier, die nach der Woche schwerer Arbeit zu frischer, froher sportlicher Betätigung sich zusammenfinden, auch einmal wieder Fleisch sehen und etwas aus den Fleischkähnen genießen wollen, aus denen die Schieber und Hamsterer und Kriegsgewinnler — um solche Zeitgenossen handelt es sich doch bei 80 Proz. der jogen. Kuräfte — sich wochenlang genötigt haben. Das Schreckensbild der „Badischen Landeszeitung“ begreift das natürlich nicht; fings jetzt es sich hin und schreibt einen furchtbaren Magerartikel über das in Donau und Elbe bergwaktigte Recht. Ist das also die kommende Brüderlichkeit? — Die neue Gleichheit? — Die vielversöhnte Freiheit? — Ist das Sozialismus? So wehklagt in Sperndrud der Vermisse. Und augenrollend konstatiert er: Nein! das ist der Terror der Strafe, geballter Egoismus der Masse! Diese Kräfte erlösen uns nicht! — Und oben drüber übers Ganze jetzt er oder die Redaktion die fulminante Uebelschrift: Donau und Elbe — ein Symptom. Es gehört schon eine tüchtige Portion Unbesonnenheit — Dummheit zu sagen wäre unbillig — aber Posheit dazu, den Sozialismus, seine Ideen und Ziele mit solch lächerlich unbedenklichen Vorformnissen diskreditieren zu wollen, wie sie sich in Donau und Elbe ereignet. Wenn seine anderen Argumente anzubringen sind als die, die die „Badische Landeszeitung“ hier ihrem national und freihändler gemintem Bürgerturn vorlegt, dann ist der Sozialismus wirklich die gute Sache, für die wir ihn halten. Aber die „Badische Landeszeitung“ muß ja selbst wissen, wie sie den zeitlichen Horizont ihrer Leser einzuwickeln hat, um ihnen solchen Quark als Beweismittel gegen den Sozialismus vorsetzen zu können. Die „Badische Landeszeitung“ — ein Symptom dafür, mit welchem Dilettantismus und welcher Oberflächlichkeit das Bürgerturn und seine Presse sozialistische Probleme abtun zu können glaubt.

Aus der Partei.

Zur Beitragsverhöhung in der Partei.

Der Parteitag in Weimar hat den Beschluß gefaßt, den Parteibeitrag auf wöchentlich 20 bzw. 15 s für männliche und weibliche Mitglieder festzusetzen. Wie früher gibt es auch jetzt noch manden Genossen, der es nicht begreifen kann, daß unsere Partei vor die Notwendigkeit gestellt war, die Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Sie wissen wohl, daß bei allen Verbrauchsgegenständen usw. eine enorme Preissteigerung eingetreten ist, bezahlen selbst für eine Zigarette, für welche man einstmals 6-7 s ausgab, jetzt ohne Wiederrede 1 M und noch mehr; daß aber die Parteibeiträge erhöht werden müßten, dazu liegt ihrer Meinung nach kein dringender Grund vor. Man bedenkt nicht, daß durch die lange Dauer des Krieges die Parteifinanzen ziemlich aufgebraucht wurden, daß die Landtagswahlen, die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung, zu Gemeinde, Bezirk und Kreis, die all in diesem Jahre stattfanden, unserer Partei eine enorme Summe kosteten, die mit den früher hierfür ausgegebenen Beträgen in gar keinem Vergleich stehen. Beiträgen schon die Bapi erpreise 400-500 Prozent des Friedenspreises, so sind die Druckkosten ums 3-fache gestiegen. Bei der Agitation haben sich die Kosten nicht minder gesteigert. Hat doch der Fahrpreis der Eisenbahn schon wiederholt eine Steigerung erfahren, er soll vom 1. Oktober ab wiederum um 50 Prozent erhöht werden. Dazu kommen noch die Erhöhungen des Portos, Telefon usw. und nicht zuletzt die Steigerungen für Bureauzettel, Licht und Heizung, welches unsere Genossen bei der Beitragsverhöhung einsehend beachten wollen. Darans hätten unsere Genossen und Genossinnen erfahren, daß der Parteitag in Weimar vor die dringende Aufgabe gestellt war, die bisherigen Beiträge zu erhöhen. Will unsere Partei ihre Aufgaben in der kommenden Zeit erfüllen, dann ist es notwendig, daß die Mittel vorhanden sind. Die Kurse für unsere Gemeindevertreter beginnen im Oktober, das Bildungswesen soll eine größere Beachtung erfahren, die Agitation muß im kommenden Winter ausgiebig betrieben werden, die Wahlen für den Reichstag finden im nächsten Frühjahr statt. All das stellt Aufgaben, die unbedingt unsere geistige persönliche, geistige, aber auch materielle Unterstützung erfordern. Die von unserer Partei beschafften Geldmittel können nur durch den vom Parteitag in Weimar beschlossenen Beitrag aufgebracht werden.

Machen wir uns deshalb zur Pflicht, überall den festgesetzten Wochenbeitrag von 20 s für männliche und 15 s für weibliche Mitglieder zu entrichten, bewahren wir der Partei die Treue, führen wir ihr neue Mitglieder zu, die mit uns über die Demokratie den Sozialismus erkämpfen.

Durmersheim, 12. Sept. Morgen Sonntag mittags 12 Uhr findet im Gasthaus zur „Krone“ eine Parteiverammlung statt mit der Tagesordnung: Berichterstattung vom badischen Parteitag, sowie sonstige wichtige Angelegenheiten. Vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen ist dringend notwendig. — Anschließend findet nachmittags 3 Uhr ebenfalls im Parteilokal zur „Krone“ eine Kartellversammlung statt, wozu alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu erscheinen haben. Tagesordnung: Kohle-, Kartoffel- und Obstbezug. Da diese Frage für den kommenden Winter sehr brennend ist, ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

r. Weingarten, 12. Sept. Wir machen unsere Genossen und Genossinnen auf die am Sonntag, 14. ds. Mts, mittags 1 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindende Parteiverammlung aufmerksam. Die Genossen Dumrau und Kasper werden Bericht vom Parteitag in Karlsruhe erstatten. Wir eruchen unsere Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Ab 1. Oktober tritt das neue Organisationsstatut in Kraft; wir bitten alle Genossen und Genossinnen ihre Beiträge schon jetzt zu ordnen, was in der Versammlung geordnet sein kann.

Aus dem Lande.

Durlach.

Aus der Gemeinderatsitzung vom 10. September. Dem Fußballklub Germania wird zur Wiederherichtung seines Sportplatzes ein Darlehen gewährt von 5000 M., verzinslich zu 5%, rückzahlbar in jährlichen Raten von 500 M. Vorauszahlung ist die Bürgschaftstellung seitens des Klubs. — Die Oberdirektion für Wasser- und Straßenbau hat die Stadtverwaltung ersucht, einen geeigneten Mann zur Beaufichtigung des elektrischen Ortsnetzes vorzuschlagen. Besondere Fachkenntnisse seien nicht absolut erforderlich, es wird befohlen, die Stelle auszuschreiben. — Nachdem die zuständigen Reichsstellen es den Kommunalverbänden freigestellt haben, die Ausgabestellen für Auslandsmehl nach ihrem Ermessen zu bestimmen, wird befohlen, die bisherigen Ausgabestellen zu belassen, da es sich vorläufig nur noch um eine Mehlausgabe handelt. — Die Geschäftsleitung des Kommunalverbandes wird beauftragt, soweit als möglich, anstelle der jetzt befristeten Mädchen arbeitslose Kriegerwitwen und Frauen von Kriegsgefangenen einzustellen. — Die Einnahmehälfte der Stadt beträgt auf 1. September 1483. — Es liegt die Mitteilung vor, daß sich für den Amtsbezirk eine freie Küfer- und Küberlerrinnung mit dem Sitz in Durlach gebildet hat. — Der Landeskommissar hat beantragt, daß zu der von der letzten Bürgerausschusssitzung gegen eine Erhöhung der Marktgebühren kein formeller Gemeinderatsbeschluss vorliegt, dies wird nachgeholt und dazu bemerkt, daß doch selbstverständlich in dem einstimmigen Beschluss des Bürgerausschusses auch den Stimmen der anwesenden Gemeinderatsmitglieder inbegriffen seien und daß man den in der Vergangenheit zum Ausdruck kommenden Formalismus in der Negativität mindestens für überflüssig halte. — Die als städtische Arbeiter übernommenen bisherigen Volkswirtschaftler haben beantragt, ihnen den Lohnsatz als Volkswirtschaftler zu bewilligen. Dies wird abgelehnt und befohlen, ihnen den Höchstlohn der Klasse IV des bestehenden Tarifvertrages mit einem Tagelohn von 13 M. zu bezahlen. — Dabei wird mitgeteilt, daß der bisherige Gesamtantrag für Notstandsarbeiten rund 318000 M. betrage, den Minderlohn von Staat und Reich mit rund 148000 M. abgerechnet, verbleiben zu Lasten der Stadt rund 170000 M. In einer Besprechung mit den Leitern der hiesigen Industriebetriebe seien Maßnahmen vereinbart worden, um die Notstandsarbeiter nach und nach alle in den Industriebetrieben unterzubringen. — Das Mitglied der U.S.R. Bürgerausschusssitzung Heßler erklärt schriftlich seine Mandatsniederlegung, da er aus der U.S.R. ausgetreten sei. Da dies seit in der Gem.-Ordnung vorgesehener Grund zur Niederlegung ist, soll die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu eingeholt werden.

Sozialdemokratischer Verein. Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Montag, 15. September, abends 8 Uhr, im „Lamm“ statt. In derselben wird der Bericht vom badischen Parteitag gegeben. Wir hoffen, bei der Wichtigkeit der Tagesordnung auf ein volles Haus. — Die für Mittwoch, 17. Sept., geplante öffentliche Versammlung muß wegen eingetretener Hindernisse auf einen andern Tag verlegt werden. Termin wird noch bekannt gegeben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

„Das Mädchen des Eremiten.“

Eine von den Opern, die — mit Recht! — Käufer füllen, und denen der Verkauf sicher ist, ob sie so oder so gegeben werden. An dieser Tatsache gemessen, können wir die Vorstellung am Donnerstagabend, trotz ihrer heftigen Aufnahme, nicht so freudig begrüßen, wie wir es bei dem jetzt merkwürdig vorhandenen guten Willen in der Oper gerne tun würden. — Der neuen Soubrette Stoja von Milinkovic fehlt eins, das ist ungezwungene Natürlichkeit, und so gerne wir vom Gegenteil überzeugt wären, wir können und können kein anderes Urteil gewinnen. Sie trug in diese mehr als dankbare Rolle eine überaus große Beweglichkeit hinein. Wozu denn, — jungen kann die Dame, aber aus dem Rhythmus kommt es nicht, es ist alles so oben drauf geplatzt. Dr. ist Kelly Schlager eine andere Georgette, wenn auch keine gänzlich fertige. Das kann man aber auch gar nicht verlangen; ihre Leistung ist als eine recht hübsche (im 1. Akt) zu begrüßen. Ihren Gatten Thibaut gab Karl Seidel. Die weitaus beste Figur des Abends. Natürlich — er verliert uns, um ein fünfjähriges Engagement nach München anzutreten. Helmut Kuegelbauer gibt seinen Ekstas mit viel Innigkeit. Von ihm kann seine Partnerin manches lernen. Doch wurde uns gerade an diesem Abend das Unabweisbare unserer Warnung benutzt, dessen trefflichen Künstler nicht zu überanstrengen. Benno Riegler sang den Dragonerschäufel. Nicht immer der geschmeidige Franzose. Die Dragoner gehören zur leichteren Reitere! Stimmt es ja vorzüglich, doch soll er sich hüten, alles über einen Reiter zu spannen. Wilhelm Schweppe brachte die entscheidende Musik zu guter Wirkung und dem Publikum, — nun, dem gefällig.

Hans Thoma Ehrenbürger von Säckingen. Der Bürgerausschuss von Säckingen beschloß auf Vorschlag des Gemeinderats, den mit der Stadt und dem Schwarzwald so eng verbundenen Maler Hans Thoma anlässlich seines 60. Geburtstages zum Ehrenbürger zu ernennen.

Vollständiges Erscheinen. Man schreibt uns: Die Spielleitung sieht sich infolge starken Zudrangs genötigt, auf Mittwoch den 17. September einen weiteren Werttagsspieltag einzulegen. In diesem Spieltag können bei frühzeitiger Anmeldung nochmals Schulen in beschränktem Umfang angenommen werden. Der Werttagsspieltag wird auch in allen Kreisen, die an Sonntagen am Spielbezug verhindert sind, freudig begrüßt werden. Am Mittwoch den 8. September war der Platz vollständig ausverkauft. Herr Staatspräsident Geiß hat an diesem Tag das Spiel zum zweitenmale besucht und sein lebhaftes Interesse an der künftigen Fortdauer der Spiele bekundet.

Auf das Konzert zugunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen, das heute Samstagabend, 7 Uhr beginnend, in der Festhalle stattfindet, möchten wir ganz besonders hinweisen. Sämtliche Gesangsvereine und Musikkapellen wirken mit, die Solisten sind durchweg tüchtige einheimische Kräfte. Wir sehen einen starken Besuch als selbstverständlich voraus, schon um des guten Zweckes willen, ganz abgesehen davon, daß die Darbietungen zweifellos ein künstlerischer Genuß sein werden.

Bretten.

Das Melanchthongedächtnishaus erhält jetzt seinen letzten künstlerischen Schmuck, fünf Monumentalgemälde in der Gedächtnishalle. Hierzu hat Fabrikant Mondon in Forstheim, der aus Bretten stammt, 30000 M. gestiftet. Die Ausführung der Gemälde wird von Professor Gros aus Karlsruhe befohlen, sie stellen Augenblicke aus dem Leben des Reformators dar.

Bruchsal.

Öffentliche Versammlung. Am auf Befehl des Bürgerausschusses am Donnerstagabend Redakteur Gen. Schöpflin, M. d. R., über: „Die Revolution und das neue Deutschland“. Viele Enttäuschungen gibt es, die über die letzten Begleiterscheinungen der Revolution und die Tätigkeit der Nationalversammlung nicht genug schimpfen können. Es sind jene, die vor November 1918 politisch untreu waren und es vielleicht in aller Zukunft sein werden. Schlimm war unsere innere Lage im Krieg, schlimmer mußte sie werden nach dem militärischen Zusammenbruch. Aber abgesehen davon hat uns doch die Revolution vom alten Joch befreit und die richtige Anwendung dieser Freiheit im Verein mit der deutschen Nationalung, methodische Arbeit, berechtigt zu der Hoffnung, daß es Deutschland gelingen wird, über die näher oder fernere Zukunft hinaus zu gehen — vor allem was Nahrung und Lebensmittelfrage angeht — hinwegzukommen, wonach an den weiteren Ausbau des Reiches gegangen werden kann. Dies sind die Grundgedanken der Rede, die mit begeisterten Beifall aufgenommen wurde. In der anschließenden Aussprache ergriß der Führer der Bruchsaler U.S.R., Herr Hunert, die Gelegenheit, um sich vor aller Öffentlichkeit zu klarmieren.

Eine Ausstellung veranstaltet Sonntag, 14., und Montag, 15. September, der Garten- und Obstbauverein anlässlich seines 40jährigen Jubiläums des ersten. Neben Erzeugnissen des Gartenbaus sowie des Obstbaus sollen Geräte zur Ausstellung gelangen. Die Eröffnung findet Sonntag vormittags 11 Uhr in der Turnhalle der Oberrealschule statt.

Ettlingen.

Die Stellung der Konsumvereine in neuen Staaten. Der am Samstagabend im großen Volkshausaal vom Konsumverein Ettlingen veranstaltete öffentliche Vortrag über die Stellung der Konsumvereine in neuen Staaten hatte einen sehr reichen Besuch aufzuweisen. In großzügiger Weise verband es der Referent, Herr Geschäftsführer Riegler vom Konsumverein Durlach ein Bild vom Wesen und Bedeutung der Konsumgenossenschaften in der Vergangenheit mit dem gegenwärtigen Stande der Konsumvereine. Er sprach über die Bedeutung der Konsumvereine in der Vergangenheit und die gegenwärtige Zeit verlangt gebietet eine starke Beobachtung unserer ausstehenden Verbände blühenden Wirtschaftsliebenden. Die Verbraucher sollten sich endlich einmal darüber klar werden, daß eine Quelle unserer fruchtigen Wirtschaft in der noch durchaus unzureichenden Organisation der Wirtschaft, besonders der Verteilungsorganisation zu finden ist. Die Überlegenheit unserer Konsumgenossenschaftlichen Organisationen über die altgebrachten Formen der Güterverteilung ist eine Tatsache. Durch den direkten Bezug der Bedarfsgüter unter Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels einestseits, andererseits durch Ubergang zur Eigenproduktion sind die Konsumgenossenschaften praktische Wohntreuer der Sozialisierung geworden. Gerade hier können die Verbraucher durch Mitgliedschaft und Einkauf im Konsumverein dazu beitragen, den Sozialisierungsgedanken praktisch zu fördern. Damit ist es nicht getan, in radikalen Kreisen von Reich, Staat und Gemeinden zu verlangen, daß sozialisiert werden soll; nein, konsequente Mitarbeit ist Hauptforderung, denn haben wir den Grundstock der Sozialisierung in unserer Mitte. Der Waren-Umlauf der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine wird in diesem Jahre 1 Milliarde weit übersteigen; verlohnt es sich da nicht, diesen herrlichen Bau genossenschaftlicher Treue weiterzuführen?

Verbraucher, Konsumanten von Ettlingen, lernt aus den Zeiten der Not, werft eure Vohn- und Gehaltsverhöhen nicht dem Kapitalisten wieder in den Nacken, sondern führt eure Geld in die genossenschaftlichen Kanäle; handelt, kauft eure Waren und Hoffnungen in die lebensspendende Tat um, werdet Mitglieder unserer Konsumvereine! Aufgebaut auf solider, guter finanzieller Grundlage werden eure Verbraucherinteressen hier am besten gewahrt. Anmeldungen werden in den Verkaufsstellen gerne entgegengenommen.

Ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der heimkehrenden Ettlinger Kriegsgefangenen findet morgen Sonntag, den 14. Sept. nachm. 4 Uhr, in der Festhalle statt. Das aufgestellte Programm verspricht, daß die Veranstaltung eine geglückte wird. Anschließend daran findet Tanz statt. In Anbetracht dessen, daß der Leberlohn der von der Gemeinde ins Leben gerufenen Fürsorge der heimkehrenden Ettlinger Kriegsgefangenen zugute kommt, dürfte man erwarten, daß der Besuch ein guter wird.

Rastatt.

1. Volkswehr. Zur Auflösung der Volkswehren in Baden, die gemäß einer Verfügung des Reichswehrministers vom 30. September zu erfolgen hat — nur wenige Wehren bleiben aus besonderen Gründen weiterbestehen —, wird uns von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Volkswehr Rastatt nicht aufgelöst wird. Als Grund für das Fortbestehen der Wehr gilt folgendes: Von der Gemeinde wurden für die gesamte neutrale Zone nur 20 Patrouille-Wehren, sowie 2 Feldbatterien genehmigt. Der auf Baden entfallende Teil ist so verhältnismäßig klein, daß derselbe bei Anrufen keinen genügenden Schutz bieten kann. Von diesen Erwägungen ausgehend, wurde das Fortbestehen der Volkswehren Rastatt, Karlsruhe und Mannheim seitens des Reichswehrministers genehmigt. Alle übrigen Volkswehren Badens sind demnach aufgelöst. Nach Ansicht des Ministers kommt Rastatt als Garnisonsort nicht mehr in Frage, da die Reichswehr in Karlsruhe und im Oberland garnisoniert wird. Allerdings wird die Volkswehr Rastatt auch in der bisherigen Stärke weiterbestehen können; auch ist es möglich, daß der Name verschwinden wird. Die Uniformierung der hiesigen Volkswehr wird im Laufe dieser Woche beendet sein.

2. Kriegsgefangenenheimkehr. Die Belegung des Durchgangslagers, die für Freitag vorgesehen war, ist auf Samstag oder Sonntag verschoben worden.

Aus dem Murgtal.

Vom Murgwerk. Es geht uns von der Bauinspektion für das Murgwerk folgende Nachricht zu unserem Artikel in Nr. 208 vom Montag, 8. Sept., zu. Die kürzlich Mittelnachricht über Nacharbeiten am Unterwasserfallstamm des Niederdruckwerkes bei Nordach bedarf der Berichtigung. Die im Unterwasser einestseits jeden Wehres austretende Kolmführung war anlässlich eines mächtig starken Mittelwasser am 23. Dezember 1918 durch die ungleichmäßige Öffnung der Wehrrahmen demnach erhöht und auf die rechte Flussseite konzentriert worden, daß der Kanalstamm an einer Stelle beschränkt wurde, an welcher bei ordnungsgemäßer Bedienung auch beim größten Hochwasser eine derartige ungleichmäßige Wirkung vollständig ausgeschlossen war. Durch den obigen Umstand ist ferner im Flußbett eine einseitige Geschiebedeponie

hervorgehoben worden und eine derartige Umlagerung der Geschiebe eingetreten, daß zur Verhütung weiterer Schäden nunmehr eine Tiefenergründung des Damms auf einer weit vom Wehr entfernten Strecke nötig fällt. Der Aufbau des Damms selbst wird in derselben Weise beibehalten, wie er schon früher gemauert worden war. — Wenn man bedenkt, welche erheblichen und kostspieligen Nacharbeiten am Fluß der Rheinwehre, z. B. bei Ruffenburg notwendig geworden sind, wird man den richtige Maßstab für die obige verhältnismäßig geringfügige Nacharbeit am Murgwerk gewinnen.

Mörsen.

Parteiversammlung. Die auf heute abend anberaumte Parteiverammlung muß umständehalber auf nächste Woche verschoben werden. Tag und Zeit wird noch bekanntgegeben.

Offenburg.

Aus der Stadtratsitzung vom 10. September. In der Oberrealschule wird eine weitere etatmäßige Professorenstelle geschaffen. — Die Hildenbrandische Mühle verlangt eine Erhöhung der Mählgebühren. Der Stadt erweist sich dadurch eine Mehrausgabe von ungefähr 1000 M. monatlich. — Den Turn- und Sportvereinen soll ein größerer Spielplatz nachweise überlassen werden. Eine städtische Kommission bestimmt in Gemeinshaft mit den betr. Vereinen den Platz. — Die Begräbnisstellen wurden neu festgesetzt und wie folgt erhöht: 1. Kl. von 120 auf 180 M., 2. Kl. von 75 auf 100 M., 3. Kl. von 30 auf 35 M. Eigene Gräber kosten 1. Reihe 200 M., 2. Reihe 100 M. — Dem Stadtrat wird ein Erlaß der Regierung bekanntgegeben, nachdem die Zahlungen an die Arbeiterärzte vom 1. Oktober an einzustellen sind. Der Stadtrat ist im Prinzip damit einverstanden, die an Stelle der Arbeiterärzte vorgehenden Arbeitersekretariate, resp. Volksbüros, entsprechend der Regierungsvorgabe, zu unterhalten. Den kirchlichen Gemeindefunktionen wurde, entsprechend ihrem schon im Bürgerausschuss gestellten Antrage, ein städtischer Zuschuß von 800 M. für das von ihnen unterhaltene Sekretariat gewährt. Der Stadtrat ist bereit, einem von den freien Gemeindefunktionen zu erichtenden Arbeitersekretariat ebenfalls entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Sitzung des Bürgerausschusses vom 11. September. Dem vom Stadtrat beschlossene Anlauf des Nieschen Bades wird zugestimmt. — Bei Regelung des Einkommens des Oberbürgermeisters wird die Zulage von 2000 M. dem pensionfähigen Gehalt zugerechnet. — Außerdem wird eine Ausgabekategorie von 5000 M. bewilligt, so daß das Gesamtinsgesamt 15000 M. beträgt.

* Wenn gehört das Geld? Es wurde aufgefunden: am 14. Juli im Zug Nr. 15 ein Geldbeutel mit frs. 23,50 und 91 M., abgeliefert in Weil-Neopoldsdorf, am 1. Juli in Eisbergmühl (Schwarzwalddorf) ein Handtäschchen mit Briefkäse mit 408,10 M. abgeliefert in Niederwieser; am 17. Juli auf dem Bahnhof Waghäusel ein Geldbeutel mit 48,01 M.; am 20. Juli im Zug 1023 ein Geldbeutel mit 22,04 M., abgeliefert in Gagau; am 26. Juli auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 20 M.; am 2. Aug. im Zug 1418 eine Handtasche mit Geldbeutel sowie 101,08 M., abgeliefert in Offenburg; am 2. August im Zug 1264 ein Zigarettenetui mit 106 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 3. August im Zug 344 ein Geldbeutel mit 230 M., abgeliefert in Mannheim.

Wiederinbetriebnahme des Bahnhofs Bad. Stb. Zur Vermeidung von Störungen bei der Voll- und Bahnpflichtung im Durchgangsverkehr nach und von der Schweiz im Badischen Bahnhof in Basel müssen die Warenholer im kleinen Grenzverkehr nach und von Basel bis auf weiteres die feierlichen Grenzübergänge benutzen. Der Bahnhof Bad. Stb. bleibt daher für Warenholer im kleinen Grenzverkehr zunächst gesperrt.

Tanzbelustigungen in Fremdenverkehrsstätten. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Wie dem Ministerium des Innern bekannt geworden ist, finden an Fremdenverkehrsstätten, namentlich auf dem Schwarzwald und an der Schweizer Grenze, bis tief in die Nacht Tanzbelustigungen und andere bei der jetzigen Zeitlage in erheblichem Maße hervorgehende Feste von Vereinen und geschlossenen Gesellschaften oder von Gästen der betreffenden Wirte, und Gasthäuser statt. Derartige Unterhaltungen, die über die nach der Verordnung vom 28. März 1919 als Zeitpunkt der Schließung bestimmte Stunde hinaus andauern sind nicht zulässig, auch wenn es sich lediglich um Gäste des betreffenden Wirtes, oder Gasthauses oder um Vereine oder geschlossene Gesellschaften handelt. Die Außenkassierinnen der Wirte, und Gasthäuser dürfen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, z. B. bei späterer Ankunft neuer Gäste, über den für die allgemeine Schließung festgesetzten Zeitpunkt hinaus offen gehalten werden; auch hierbei ist Einschränkung auf das unbedingt Notwendige erforderlich. Die Bezirksämter und Bürgermeisterräte haben Anweisung erhalten, mit Nachdruck für Durchführung dieser Anordnung zu sorgen und dem geschädigten Treiben der Fremden, das in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigtes Empörung hervorruft, rücksichtslos entgegenzutreten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. September.

Zur Wahl des Oberbürgermeisters.

Schreibt man uns vom Rathaus: Sowohl die Kommission des Stadtrats, wie die Sozialistische Bürgerausschusssitzung, der das Vorschlagsrecht zuzustehen, sind in der Frage der Neuwahl des Oberbürgermeisters zu dem Ergebnis gekommen, daß die Widerstände, denen die Leitung der Stadtverwaltung in letzter Zeit begegnet ist, für die Zukunft am besten dadurch aus dem Weg geräumt würden, daß man einen bisher außerhalb der Stadt Karlsruhe tätigen Kandidaten aufstelle. Aber auch darüber herrschte Uebereinstimmung, daß eine mit hiesigen Verhältnissen durchaus vertraute und in der badischen Gemeindeverwaltung bewährte Kraft gewonnen werden müsse. Diese Erwägungen haben es nicht ermöglicht, eine der als Bewerber angetretenen Persönlichkeiten zur Wahl vorzuschlagen, obgleich einige der Bewerber sich auf die ausgezeichnetsten Zeugnisse berufen konnten und man sie gerne für den badischen Gemeindevorstand gewinnen hätte. Der Vorschlag der Kommission und der Sozialistischen Bürgerausschusssitzung fiel auf Herrn Bürgermeister Dr. Finter in Mannheim.

Herr Dr. Finter hatte sich auf eine entsprechende Anfrage bereit erklärt, in Verhandlungen über seinen Uebertritt in den Dienst der Stadt Karlsruhe einzutreten, falls der Stadtrat in Mannheim seinem Austritt aus der dortigen städtischen Verwaltung zustimmte. Diese Voraussetzung hat sich erfüllt. Herr Oberbürgermeister Dr. Kucher in Mannheim hat der zu ihm enthandelnden Abordnung erklärt, daß es ihm zwar sehr schwer falle, Herrn Dr. Finter, auf dessen Mitarbeit in der hiesigen Uebergangszeit er ganz besonders gerechnet habe, aus Mannheim weggehen zu lassen. Da es sich für Herrn Dr. Finter aber darum handelte, seinen Wunsch nach Erlangung einer selbständigen Stellung in Erfüllung gehen zu lassen, so werde der Stadtrat doch auf den Verzicht, Herrn Dr. Finter für Mannheim festzuhalten, verzichten müssen. Daraufhin hat sich Herr Dr. Finter für die Wahl zum Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Finter ist im Jahre 1872 als Sohn eines Lehrers in Feuerbach bei Randern geboren. Seine hochbetagten Eltern, der Vater ist 82 Jahre, die Mutter 70 Jahre alt — leben heute in Neß, dem letzten Amtssitz des Vaters. Herr Dr. Finter bestand die zweite juristische Staatsprüfung im Jahre 1899 mit bestem Erfolg, so daß er schon im Jahre 1900 zum Amtsrichter und 1906 zum Landgerichtsrat in Mannheim ernannt wurde. Dort wurde die Bürgererschaft auf ihn aufmerksam, als sie im Jahre 1908 einen Bürgermeister zu wählen hatte. Die Wahl fiel auf Dr. Finter. Daß es ihm gelungen ist, das Vertrauen der Mannheimer Bürgererschaft zu gewinnen, ergab sich am besten aus der Tatsache, daß er nach den politischen Umwälzungen im Juli 1919 mit großer Stimmenmehrheit wieder gewählt wurde. Nunmehr liegt es an der Karlsruher Bürgererschaft, durch eine einstimmige Wahl Herrn Dr. Finter zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt zu wählen, der der Weg für eine erfolgreiche Leitung der Stadtverwaltung gebahnt ist.

Verammlung der Arbeiterauschüsse. Die auf gestern Abend im Saale des „Elefanten“ vom Gewerkschaftskartell anberaumte Verammlung der Arbeiterauschüsse hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Staatsrat Gen. Engler behandelte in einem instruktiven Vortrag, den in der Kommission der deutschen Nationalversammlung sich befindlichen Entwurf des Betriebsrätegesetzes und die Absichten, die der Gesetzgeber zunächst wollte, um nach und nach die absolute Fabrikherrschafft zum konstitutionellen System, bei dem auch die Arbeiter in allen Dingen mitzureden können, zu überführen. Im Anschluß hieran sprach dann Herr Amtmann Engler über die Aufgaben der Demobilisierungsausschüsse in Bezug auf Unterbringung der Arbeitslosen. Und da war es interessant zu hören, daß mit der zunächst beabsichtigten „mittlichen Verständigung“ in Sachen der Entlassung von Arbeitern, die nicht auf Arbeit in der Stadt angewiesen sind, so gut wie nichts erreichbar ist. Es soll daher nächster Tage eine Verordnung ergehen, die Zwangsmaßnahmen für die Betriebe vorsieht. Selbstredend sollen Gärten nach Möglichkeit vermieden werden und den Arbeitervorschüssen soll die Aufgabe zuallen, hier mitbestimmend zu beraten.

In die Vorträge schloß sich eine lebhafte Diskussion, an der sich auch eine Reihe Redner der U.S.P. unter Führung des Werkschlichtermeisters Kruse beteiligten. Wie nicht anders zu erwarten, wird der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, der naturgemäß als Vorschlag noch gewisse Mängel hat, was auch vom Referenten und von anderen Diskussionsrednern ausdrücklich bemerkt wurde, von dieser Seite abgelehnt. Die Herren fühlten sich berart in der Selbstbesinnung, daß sie nur den Mes- oder Nichtstandpunkt kennen, der schon bei andern Dingen die Arbeitererschaft geküßelt hat. Diejenigen Arbeiter, die unbegreiflicherweise diesen Deuten noch Beifall flätschen, mögen doch einmal den Gesetzentwurf durchlesen und dann urteilen, ob es nicht Narrheit ist, alles was darin steht, einfach abzulehnen. Man soll bei allem Denken und sich nicht lediglich vom großen Mundwerk führen lassen. Am Schlußwort empfahl dann Staatsrat Gen. Engler folgende Resolution, die mit 108 gegen 74 Stimmen angenommen wurde:

„Die am 12. September 1919 im „Elefanten“ in Karlsruhe tagende Verammlung der Arbeiterauschüsse erklärt sich mit den Grundgeden des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes einverstanden. Sie erwartet aber, daß die §§ 26, 29 und 35 im Sinne des Arbeiterrechts verbessert und in § 24 die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte klarer festgelegt werden. Die Bezirks- und Reichswirtschaftsräte sind alsbald zu schaffen und mit Befugnissen auszustatten, durch welche die Sozialisierung in jeder Weise gefördert wird.“

Ein drittes Resoluto des Gen. Erb über „Abbau der Preise“ mußte wegen der vorgerückten Zeit auf eine spätere Gelegenheit verschoben werden.

Sozialdemokratische Partei, Bezirk Südbahn, Mittwoch, den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr. findet im Saale des „Auerhahn“ (Südbahnstr. 58) eine Verammlung mit Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Kraus über: „Das Erfurter Programm und unsere kommenden Aufgaben“ statt. In dieser Verammlung wird das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwartet. Die Zeiten sind ernst! Das kämpfende Proletariat muß sich seiner Pflichten bewußt sein. Auch solche, die Mitglied der Partei werden wollen, sowie „Vollstrecker“ sind herzlich eingeladen.

NB. Die Kommunistenmitglieder und Straßensoldaten werden zu einer wichtigen Besprechung auf Montag abends 8 Uhr in den „Auerhahn“ eingeladen, mit dem Ersuchen um bestimmtes und pünktliches Erscheinen.

Auf zur Gedächtnisfeier!

An die Genossinnen und Genossen von Karlsruhe und Umgebung ergoht sich nochmals die Aufforderung, an der morgen Sonntag vormittags 10 Uhr im großen Festsaal stattfindenden Gedächtnisfeier für unsere im Felde gefallenen oder verstorbenen Genossen zahlreich teilzunehmen zu wollen.

Erfüllt eure Ehrenpflicht, und gedenkt in Würde unserer Brüder, die ihr Leben ließen, um unsere Heimat zu schützen. Genossinnen und Genossen, erhebt in Massen und bringt eure Familien- und auch andere Angehörige von Gefallenen mit!

NB. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Veranstaltung einen ersten und feierlichen Charakter tragen soll, zu der man, wenn möglich in dunkler Kleidung erscheinen soll. Unterlaßt auch bis zum Schlußgefang „Lied Polono“ das Weisheitswort. Für die Angehörigen der Gefallenen sind die vorderen Reihen im Saale vorbehalten.

Sozialdemokratische Bürgerauschüßfraktion, Dienstag, den 16. September, nachmittags 3/4 Uhr Fraktionsitzung im Stadtratsgebäude. Das Erscheinen aller Genossen wird erwartet. **Stadtgarten, Am Samstag, 13. ds. Mts.,** findet im Stadtpark ein Nachmittagskonzert des 1. Bad. Reichswehr-Regiments Nr. 27 statt. (S. die Anzeige).

Am Sonntag, 14. ds. Mts., findet im Stadtpark ein Morgenkonzert und ein Nachmittagskonzert des Orchesterensembles sowie ein Mittagskonzert der Feuerwehr- und Bürgerkapelle statt. (S. die Anzeige).

Mittwochsabend im „Röhlen Krug“-Garten findet morgen nachmittags ein Mittagskonzert von der vollständigen Kapelle des 1. Bad. Reichswehr-Regiments Nr. 27, Dirigent Obermusikmeister Verhoffen, statt. (S. die Anzeige).

Letzte Nachrichten.

Neue Gewaltakte der Entente gegen Deutschland.

WTB. Berlin, 13. Sept. Nach einem Telegramm der deutschen Vertretung in Versailles vom 12. Sept. mittags hat Ministerpräsident Clemenceau folgende Note vom 11. Sept. übermittelt:

„Durch ihre Note vom 2. d. M. haben die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf einen die Beziehungen Deutschlands zur österreichischen Republik betreffenden Artikel 61 der deutschen Verfassung hingewiesen, der mit den Bestimmungen des Friedensvertrags über diese Frage nicht im Einklang steht. Die deutsche Regierung hat geantwortet, daß tatsächlich kein Artikel, wie auch kein klarer Wortlaut immer sei, mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen kann, weil in der Verfassung ein anderer Artikel steht, der besagt, daß keine der Bestimmungen dem Vertrag entgegen tun kann. Damit diesem scheinbar unauflösbaren Konflikt die deutsche Verfassung für geändert werden, daß ihr Wortlaut jeder der Bestimmungen des Friedensvertrages widerspreche. Sie könnte zum Beispiel vorschreiben, daß ein deutsches Heer von mehreren Millionen Mann auf dem Wege der Aushebung gehalten werden soll. Und wenn die alliierten und assoziierten Mächte darauf aufmerksam machen, daß diese Bestimmungen gegen den Vertrag sei, der die Stärke des deutschen Heeres genau abgrenzt und die Aushebung untersagt, so würde die deutsche Regierung antworten, daß, wenn dies schon sei, die Verfassung selbst in ihrem Artikel 178 eine genügende Sicherheit vorsehe, indem sie erklärt, daß nichts in dem Vertrag durch die Verfassung berührt werden kann. Man könnte sagen, das sei eine reine Hypothese. Aber sie rechtfertigt sich, wenn man in Artikel 112 der deutschen Verfassung in ihrer jetzigen Form liest, daß kein Deutscher zur Aburteilung durch ein fremdes Gericht ausgeliefert werden darf, während der Vertrag ausdrücklich vorsieht, daß gewisse Verbrechen, die eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt sind, auszuliefern und vor ein fremdes Gericht zu stellen sind. Nach der deutschen Antwort soll Artikel 178 aufgenommen worden sein, um jeden möglichen Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den Bestimmungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Dies ist eine ausgezeichnete Absicht, wenn es sich um Widersprüche anschaulicher und unvorstellbarer Art handelt, wie sie der Schicksal der Zukunft in der Fassung zweier längerer bewundelter Urkunden enthalten kann. Hier aber handelt es sich nicht um anscheinbare und nicht voraussetzliche Widersprüche. Die Widersprüche, gegen die sich der Protest der alliierten und assoziierten Regierungen richtet, sind gewiß klar und offenbar und können nur gewollt sein. Niemand wird glauben, daß die Urheber der deutschen Verfassung bei der Aufnahme des Artikels 61 und bei der Fassung des Wortlauts des Artikels 112 nicht wußten, daß diese Bestimmungen in sich selbst mit den wenigen Wochen vorher von Deutschland freiwillig übernommenen Verpflichtungen unvereinbar waren. Dieser Zustand darf nicht länger dauern.“

Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß, wenn die Verfassung und der Vertrag in Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgehen kann. Im Hinblick auf diese Anerkennung erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Regierung, daß sie ohne Verzug die Auslegung, die sie in ihrer Antwort vom 5. September 1919 benutzten und assoziierten Mächten mitgeteilt hat, in einer diplomatischen Urkunde, deren Wortlaut hier beigefügt wird, wiederholt, sowie, daß diese Urkunde unverschiedlich von einem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung in Gegenwart von Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Versailles unterzeichnet und innerhalb vierzehn Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen gesetzgebenden Gewalten Deutschlands gebilligt werden muß.“

Anlage zu der Note:

„Der Unterzeichnete, gehörig bevollmächtigt und im Namen der deutschen Regierung handelnd, erkennt an und erklärt, daß alle Vorschriften der deutschen Verfassung vom 11. August 1919, die mit den Bestimmungen des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages in Widerspruch stehen, unanwendbar sind. Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß demzufolge der Absatz 2 des Artikels 61 der erwähnten Verfassung unanwendbar ist und dementsprechend die Zustimmung österreichischer Vertreter zum Abschluß nur stattfindet, wenn gemäß Artikel 60 des Friedensvertrages der Völkerbundrat einer entsprechenden Forderung der internationalen Lage Oesterreichs zustimmt haben wird. Diese gegenwärtige Erklärung soll innerhalb vierzehn Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten gebilligt werden.“

Geschehen in Versailles am ... September 1919 in Gegenwart der unterzeichneten Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte.

Der „arme“ Wilhelm.

Berlin, 13. Sept. (Privattelegr.) Die „Daily News“ melden, daß das Inventar des Schlosses Dorn, der neuen Besitzung des ehemaligen deutschen Kaisers, an der Notkerdamer Höhe mit 10 Millionen Gulden veranschlagt worden ist.

Bravo, württembergische Eisenbahner! Berlin, 13. Sept. (Privattelegr.) Laut „Voss. Sta.“ haben die württembergischen Eisenbahner beschlossen, sich wöchentlich zehn Ueberstunden zu leisten, um die Kassennot zu vermindern.

Generalsirei gegen militärische Uebergriffe.

WTB. Memel, 13. Sept. Aus Anlaß der Verhaftung des Vorsitzenden des hiesigen Arbeiterrates Schmalz durch den Führer des hier sitzenden Baltiklubs, Hauptmann Schmidt, ist gestern boemittag der Generalsirei erklärt worden. Der Generalsirei, der auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk umfaßt, soll solange aufrechterhalten werden bis Schmalz aus Haft zurückkehrt, und Hauptmann Schmidt aus Memel entfernt ist.

Italienische Opposition gegen den Friedensvertrag.

WTB. Amsterdam, 13. Sept. Die „Times“ melden aus Rom, daß die Minderheitssozialisten, die Sozialisten und die katholischen Mitglieder der Kammerkommission gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages sind.

Kein Kaffee-Einfuhrverbot.

WTB. Berlin, 13. Sept. Nach Mitteilung von ausländischer Stelle ist die Nachricht, daß die deutsche Regierung ein Kaffee-Einfuhrverbot erlassen habe, unzutreffend. Es ist nur eine vorläufige Kontingentierung der Kaffee-Einfuhr erfolgt, die aber voraussichtlich bald wieder aufgehoben wird.

Wtransport deutscher Kriegsgefangener.

WTB. Berlin, 13. Sept. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Wtransport der in amerikanischer Hand in Frankreich sich befindlichen Kriegsgefangenen bereits am 13. Sept. beginnt. Die ersten Transporte sollen der Reihe nach den Durchgangslagern Wehr, Gießen, Kattatt, Limburg und Mannheim zugeführt werden.

Bedeutung des Friedensvertrages.

WTB. Haag, 13. Sept. Die „Nieuwe Courant“ meldet, daß Wilson in einer in Rotterdam gehaltenen Rede erklärt, die Besprechungen über den Friedensvertrag seien eine Frage über Krieg oder Frieden. Das Mißgelingen des Friedensvertrages würde Verzweiflung und Chaos zur Folge haben. Wenn Amerika die Menschen zur Verzweiflung treibe, so würden sie ihre Regierungen stürzen. Die Haltung Amerikas sei eine Schande.

Kämpfe zwischen Serben und Montenerzern.

WTB. Bern, 13. Sept. Wie das montenegrinische Konsulat in Genf bekannt gibt, sind zwischen den serbischen Offizierskorpsen und den Montenerzern blutige Kämpfe ausgebrochen, in denen die Serben 186 Tote und 200 Verwundete hatten. Der serbische Oberkommandant läßt schnelligst zwei Divisionen Verstärkungen von Cattaro herbeischaffen.

Amerikanischer Senat und Friedensvertrag.

WTB. Washington, 13. Sept. Der Minderheitsbericht des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheit über den Friedens- und Völkerbundvertrag wurde dem Senat unterbreitet. Es wird darin nachdrücklich die baldige Ratifikation des Vertrages ohne Vorbehalte und Änderungen gefordert.

Generalsirei amerikanischer Stahlarbeiter?

WTB. Haag, 13. Sept. Der „N. R. Courant“ meldet aus Washington, daß infolge der unerschiedlichen Antwort Wilsons an die Stahlarbeiter für den 22. Sept. ein Generalsirei der Stahlarbeiter für das ganze Land angeordnet worden sei.

Verantwortlich: Für Zeitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rohlf; für Podische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Morgen, Sonntag, 14. Sept., Abends 10.30 und 12.27 Uhr am Hauptbahnhof zur Festsetzung an der Grünungsfeier in Ruckheim. Raschreide Beteiligung notwendig. 6838 Der Turnwart.
Durlach. (Sozialdemokratischer Verein.) Montag, 15. Septemb., abends 8 Uhr, im „Lamm“ Verammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Gatte willkommen. 6832
Tue bei Durlach. (Sozialdemokratische Partei.) Heute, Samstag, den 13. September, abends punkt 8 Uhr, Parteiverammlung im oberen Saale „Zum Stern“. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, in dieser Verammlung zu erdeben. Insbesondere die Gemeindevorordneten-Fraktion wird dringend eruchet, zu ercheinen, da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind. 6244 Der Vorstand.

Kopfwaschpulver
SABOL
ÜBERALL ERHÄLTICH

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, dass mein lieber Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

August Müller, Dreher

heute abend 7/9 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden, im Alter von 46 Jahren sanft verschieden ist.
Karlsruhe, den 12. September 1919.

In tiefer Trauer:

Josephine Müller, geb. Beicher.
Familie Apt.
Familie Karl Müller.
Familie Fritz Müller.

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Sept. nachmittags 1/3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 6845
Trauerhaus: Gartenstrasse 57, II. St.

Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-Auskünfte für jedermann. 2768
Wendstr. 3 III Strassenbahnhaltestelle Yorkstr. (Strecke Mühlbg.). — Bürozeit: 7 1/2-4 Uhr durchl.

MAGGI'S Würze wieder überall käuflich!
Besonders empfohlen in mit Originalverschluss versehenen großen Flaschen zu M. 8.50. — Man achte darauf, daß der Originalverschluss unversehrt ist!

Photogr. Vergrößerungsanstalt

Fritz Albrecht

Yorkstrasse 10

Telephon 2443

liefert Vergrößerungen

in tadelloser Ausführung unter Garantie grösster Haltbarkeit. Da meine Vergrößerungen in eigener Werkstätte hergestellt werden, konkurrenzlose Preise und schnellste Lieferung.

Vertreter gesucht.

Guter Unterricht

in Französisch, Englisch, Lateinisch, Griechisch, Stenographie wird von einem Herrn erteilt. Mässiger Preis, sehr gute Erfolge. Anfragen unter Nr. 5970 an das Volksfreundbüro erbeten.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Kleinverkaufspreise für Gemüse

Gültig für die Zeit v. 15. September bis einschließlich 21. September 1919.

Warenname	Warenname	Warenname	Warenname
Rosenkohl	140	Sellerie mit Kraut	10-30
Blumenkohl		Lauch	30
Winterkohl	*85	Schnittkohl	6
Rotkraut	*15	Rangold	
Weisskraut	*15	Meerrettich	
Wirsing	40	Petersilie	
Spinat			
Schwartzwurzeln			
B. hnen	*50	Nettli	5-10
Erbsen, grün		Radieschen, Wiener	10-15
Gelbe Rüben, rot		und Eisapfen	
und Karotten			
ohne Kraut	*12	Schlangengurken	40-80
Gelbe Rüben, gelb		Salatgurken	10-30
ohne Kraut	*6	Salzgurken	4-6
Rote Rüben, ohne		Essiggurken	2-4
Kraut	12		
Weisse Rüben			
Kohlrabi	*15	Aubergis	6
Tomaten	70	Spargeln	80
Spargeln	70	Pharisäer	35
Kohlfloss	5-20	Steinpilze	60
Endivienalat	5-15	Alle übrigen Pilze	50
Feldsalat			
Kressensalat			
Salat			

Die mit einem * versehenen Preise sind Höchstpreise. Die Ueberschreitung dieser Verkaufspreise wird als Höchstpreisüberschreitung oder als übermäßige Preissteigerung angesehen.

Karlsruhe, den 12. September 1919. 6313

Bekanntmachung

Anträge auf Abgabe von Erfindungssachen an Vererbemittelwerke werden jeden Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags von 10-12 Uhr, bei unserer Kartenstelle, Abteilg. „Mutter und Kind“ entgegengenommen.

Die Abgabe dieser Sachen erfolgt ebenfalls in den obengenannten Stunden.

Neuaufnahmen zur Abgabe der allgemeinen Zuschläge für „Mutter und Kind“ finden an diesen Vormittagen nicht statt.

Karlsruhe, den 12. September 1919. 6312

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 15. bis 21. September 1919.

1. Größere Suppen, 1 Paket zu 250 gr zu den aufgedruckten Kleinverkaufspreisen gegen die Marke F Nr. 120.
2. Reisuppen, Schweinefleisch, 250 gr zum Preise von 1.25 M gegen die Marke F Nr. 120.
3. Puddingpulver, 1 Paket zum Preise von 50 S gegen die Marke G Nr. 120.
4. Marmelade, 500 gr zum Preise von 1.30 M gegen die Marke H Nr. 120.
5. Weisgrich, 125 gr zum Preise von 12 S gegen die Marke J Nr. 120.
6. Reis, 250 gr zum Preise von 1.- M gegen die Sondermarke B Nr. 120.
7. Kartoffeln, 5 Pfund zum Preise von 18 S für 1 Pfund gegen die Kartoffelmarke D Nr. 120 mit Anhang.
8. Fleisch, 125 gr gegen $\frac{1}{2}$ Fleischmarken und 50 gr Würstl gegen $\frac{1}{2}$ Fleischmarken.
9. Fett laut besonderer Bekanntmachung.
10. Kindernährmittel, 1 Paket gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel D Nr. 120.
11. Manioca (brasil. Gries), markenfrei.
12. Getrocknete Kastanien, markenfrei.
13. Kaffee, getrocknet, markenfrei.
14. Nährkaffee, markenfrei.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 16. September 1919.

Frst für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Mittwoch, den 24. September 1919.

Für die Woche vom 22. September bis 28. September 1919 sind zur Verteilung vorgegeben:

- | | |
|---------------------|-------------------------|
| Reisuppen, 1 Würfel | Nährkaffee |
| Reisuppen, 250 gr | Manioca (brasil. Gries) |
| Marmelade, 500 gr | Getrocknete Kastanien |
| Kunsthonig, 250 gr | Kaffee, gebrannt |
| Teigwaren, 125 gr | Nährkaffee, markenfrei |
| Gerstenmehl | |

Karlsruhe, den 12. September 1919. 6311

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Soziald. Verein Karlsruhe

Sonntag, den 14. September
:-: vormittags 10 Uhr :-:
im großen Saale der Festhalle

Gedächtnisfeier

zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen und
ihren Verwundungen erlittenen Parteigenossen

Mitwirkende:

Musik-Verein Harmonie (Leiter Herr Hugo Rudolph),
Genosse Pfarrer Th. Stelz-Neustetten (Gedächtnisrede)
und das Arbeiter-Sänger-Kartell
(Direktion: Herr Chormstr. A. Herbold)

Hierzu ist Jedermann freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Eintritt 50 Pfg. Eintritt 50 Pfg.

Eintrittskarten im Vorverkauf:

„Auerhahn“, Schützenstrasse, „Elefanten“, Kaiserstrasse,
„Georg Friedrich“, Ecke Gerwig- und Georg-Friedrichstrasse,
„Gambriushalle“, Erbprinzenstrasse, „Deutsche Eiche“,
Ecke Roon- u. Hirschstrasse, Peter Mees, Schneiderartikelmgeschäft,
Augartenstrasse 60, Fritz Töpfer, Zigarrongeschäft, Rappurstrasse,
Expedition „Volksfreund“, Luisenstrasse, Volksbuchhandlung,
Adlerstrasse 16, „Goldene Krone“, Ecke Amalien- und
Donglasstrasse, „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstrasse 13,
„Zur Palme“, Lessingstrasse, „Hohentwiel“, Ecke Roon- u.
Hirschstrasse, Peter Mees, Schneiderartikelmgeschäft,
Bürgerstrasse, Richard Pahr, Kronenstrasse, „Restaurant
Grünwald“, Ecke Krieger- u. Rappurstr., „Stadt Karlsruhe“,
Mühlburg, Rheinstrasse, „Hirsch“, Mühlburg, Hardtstrasse,
„Karlsruher Hof“, Daxlanden, Rudolf Bandle, Grünwinkel,
Durrmeierstrasse 15, H. Höhn, Gartenstadt, Astenweg,
„Beierheimer Hof“, Beierheim, Fr. Wörner, Rhatheim,
Ernststrasse 42, sowie in sämtlichen Gewerkschafts-Bureaus
und im Arbeiter-Sekretariat, Wilhelmstrasse 47, 2. Stock
und Sonntag vormittag von halb 10 Uhr ab an der Kasse.

Hans, Hof und Garten reinhalten Drehstrom-Motore
von 1-20 P. S. kompl. Kupfer, alle Spannungen, neu und gebraucht sofort ab Lager.
Gleichstrom-Motore
alle Größen u. Spannung sofort lieferbar. 6328
G. Fauth, Mannheim, Seierich-Lanzstr. 5. Paul Moser, Mühlstr. 5.

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11 Telephon 2502

Ab heute: Die Dame mit den Smaragden

Filmschauspiel in 5 Akten.
Hauptdarstellerin: LYA KARA.

Am Glück vorbei

Ungarischer Filmroman in 4 Akten.

Künstler-Orchester

Am 7. September 1919, morgens etwa um 4 Uhr wurde in Grünwinkel, außerhalb des Fabrikareals der Firma G. Sinner, in der Hopfenstraße der Fabrik portier Josef Grünling von einem Unbekannten überfallen und durch Stiche mit einem Messer oder Dolch lebensgefährlich verletzt. Der Gut des Täters wurde am Tatort gefunden. Der Gut ist fort abgetragen, ein weißer graugrüner Filzhut mit einem grünlich-schwarzen Band, hat kein Futter. Die Firma G. Sinner hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Sch erliche um Forderung und sachdienliche Mitteilung an mich oder die Kriminalpolizei Karlsruhe: Karlsruhe, den 10. September 1919. 6311
Der Staatsanwalt Dr. Hofmann.

Pferdebestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Ziffer c der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden für die Dauer der Hilfeleistung wird die ortsübliche Vergütung gewährt. Inhaber werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.

- Diese betragen:
- für das erste Pferd 7.50 RM.
 - für das zweite Pferd 5.00
 - für das dritte Pferd 4.00
 - für das vierte Pferd 3.00
 - für das fünfte, sechste, siebente u. achte Pferd je 2.50

Es werden benötigt:
am Feuerhaus, Viertel 6 5 Paar Pferde
Gebelstraße 5 5
Leopoldstraße 2
Rebenstraße 2
Mühlburgerstraße 3

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Badischen Polizeistrafgesetzes und der §§ 380^a und 383 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar.

Karlsruhe, im März 1919. 2128

Der Stadtrat.

Dankagung.

(106. Bfte.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufener Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juni 1919 weiter eingegangen:

Bei: der Stadthauptkasse von Firma Pfannkuch u. Co. 1000 M und 200 M = 1200 M; der Fab. Vani von Ungenamt 50 M; der Rheinischen Creditbank von Frau Geh. Hofrat Dr. C. Wilm 2 x 50 M = 100 M; Major C. von Fritsching (m. G.) 2 x 50 M = 100 M; Professor Hans von Volkmann (m. G.) 2 x 30 M = 60 M; der Sparkasse von: Hermine Rißhaupt, Hauptlehrerin, 10 M; Oberrevisor Jakob Weber 2 x 10 M = 20 M; Rechnungsrat Felix Spiegel 2 x 6 M = 12 M; Rechnungsrat Christ. Dittes 2 x 10 M = 20 M; Kaufmann Ludw. Gittinger 2 x 40 M = 80 M.

Im Wege freiwilliger Gehaltsabzüge (je hälftig für das Rote Kreuz und die Familienunterstützung bestimmt) gingen im Monat Juni und Juli ein von: Staatsbeamten 168 M.

Ferner gingen als fortlaufende monatliche Gaben im Monat Juni und Juli ein von:

R. A. Adler 100 M, S. Fuchs Eßne, Rheinbaben, 800 M, Geiswälder Gutmann 50 M, Gebrüder Leichlin 200 M, der Brauerei A. Brink 200 M, E. Ritten 100 M, Johannes Schalle 60 M, der Mühlburger Brauerei vorm. v. Seldeneckische Brauerei, 200 M, Fabrikant Albert Wändle 40 M, J. Wähe, Eisenwaren, 20 M, der Karlsruher Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik J. Wolff u. Sohn, G. m. b. H., 500 M, Komm. Rat G. Wenz 20 M, Kaufm. Paul Dittelhorst 4 M, der Buchdruckerei Fibelitas (für Juni) 5 M, Rechtsanwalt Fuchs (für Juni) 50 M, Gebrüder Gagenauer 20 M, Fabrikant Ulrich Hof Wwe. 20 M, Ing. J. Kaufmann 12 M, dem Kaiser-Kinematographen 4 M, Reg.-Baumeister Linde 60 M, Stadtrat J. Wölch 40 M, Josef Neumaier 10 M, Gertrud Rudmann 2 M, Bädermeister J. Stübinger 10 M, Gewerkschaftler Traub 8 M, Kaufm. Friedr. Wölter 2 M, Kaufm. Jul. Wachenheimer (für Juni) 10 M, W. H. Weber 4 M, W. G. Werner, Eprechtgasse, 10 M, Frl. Verta Widmer 6 M, Exp. W. W. 40 M, Geh. Komm. Rat Friedr. Wolff 100 M, Banbuchhalter J. Zimmer 8 M.

Seit 1. Januar 1919 sind nunmehr gesendet worden: 30 819.41 M.

Wir danken hierfür herzlich und bitten um weitere Spenden.

Dabei weisen wir darauf hin, daß die städtische Kriegsfürsorge zur ergänzenden Unterstützung der Familien der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Seeresangeführten und der bereits entlassenen Kriegsteilnehmer, soweit bei ihnen noch Bedürftigkeit besteht, sowie vor allem zur Unterstützung der demnächst heimkehrenden Kriegsgefangenen auch weiterhin erheblicher Mittel bedarf.

Karlsruhe, den 3. September 1919.

Für den Stadtrat:
Die Kriegsunterstützungskommission.

Zeige hiermit den Eingang sämtlicher
Neuheiten von Modellen
für Herbst und Winter

in Damen-, Mädchen-
und Kinderhüten an.

S. Rosenbusch
No. 137 Kaiserstrasse No. 137
Spezialhaus für Damenputz

„Selbsthilfe“

Bereinigung der auswärts Angestellten
(eingetragener Verein) Karlsruhe.

Am Montag, den 15. September, abends
7 1/2 Uhr, findet im Saal 3 der Brauerei
Schrempf eine

**Außerordentliche
Generalversammlung**

unserer Mitglieder statt.

Tagesordnung:

Die Gründe der Entlassung des bisherigen
Sekretärs.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen; die Mit-
gliedskarten sind am Saaleingang vorzulegen.
Karlsruhe, den 12. September 1919.

Der Vorstand.

(gez.) Schneider (gez.) Karl.

**Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Kriegs-
beschädigten und Kriegshinterbliebenen.**
(Ortsgruppe Karlsruhe).

Geschäftsstelle: Zirkel 33, parterre.

Dienstag, 16. September, abends 7 1/2 Uhr,
findet im großen Saale des „Friedrichshof“ unsere

Monatsversammlung

statt. — Auf der Tagesordnung steht, neben Mitteilung
und Besprechung geschäftlicher Angelegenheiten:

Vortrag über Boden- und Wohnungsreform.

Da die Wohnungsfrage zur Zeit eine sehr bren-
nende ist, laden wir außer unseren Mitgliedern, alle
uns noch fernstehenden Kameraden zu dieser Versamm-
lung freundlichst ein.

**Turn- Verein
Mühlheim**

M. d. V. T. V.

veranstaltet am Sonntag, 14. Sept.

Gründungsfeier des Schauturnen

Der Festzug beginnt um halb 2 Uhr vor dem
Waldhaus „Zur Krone“.
Freunde und Gönner unseres Vereins sind freund-
lichst eingeladen.

COLOSSEUM.

Nur noch 3 Tage

das gegenwärtige Spezialitäten-Programm.

Täglich abends pünktlich 8 Uhr.

Sonntag, den 14. September:

2 Vorstellungen

Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr
in allen Vorstellungen:

Willi Agoston

mit

„Der Graf von Luxemburg“.

Dienstag, den 16. September,
vollständig neues Programm.

Colosseum-Kasse täglich vormittags von
11 bis 12 1/2 Uhr geöffnet.

Residenz- Lichtspiele

Samstag bis nur Dienstag, 13.—16. September 1919

Waldstrasse 30

Schillersstrasse 22

Kaisersstrasse 5

**1. Film der Sherlock-Holmes-Detektiv-
Serie 1919/20**
Die rätselhafte Sphinx

Drama in 4 Akten.

Hauptdarsteller:

**Ferdinand Bonn
Curt Brinkendorf.**

Irrlicht

Tragödie in 5 Akten, verfasst von Ruth Götz.

In den Hauptrollen:

Eva May

Eduard v. Winterstein, Johannes Riemann.

**Erlbnisse eines
Adoptivkindes**

Grosses Schauspiel
in 4 Akten.

Sandi Amor & Cie.

Reizendes Lustspiel
in 3 Akten
mit

Emil Sondermann.

Ab Mittwoch:

Verlorene Töchter.

**Das
Mitternachtschiff**

Detektiv-Drama
in 4 Akten

mit **Stuart Webbs.**

**Sein eigenes
Begräbnis**

Lustspiel in 3 Akten.

In der Hauptrolle:
Paul Teddy Heldmann

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.

Samstag, den 13. Sept. 1919, nachm. 4—1/2 Uhr

Konzert

des **1. Bad. Reichswehr-Regts. 27.**

Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.

Kein Musikzuschlag.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.

Sonntag, den 14. September 1919

**Morgen-Konzert
des Orchester-Vereins Karlsruhe**

von vormittags 8—9 Uhr

Leitung: Kapellmeister K. Krohne.

Kein Musikzuschlag.

**Mittags-Konzert
der Feuerwehr- u. Bürgerkapelle**

von 12—1 Uhr.

Leitung: Obermusikmeister a. D. S. Liese.

Kein Musikzuschlag.

**Nachmittags-Konzert
des Orchester-Vereins Karlsruhe**

von 4—7 Uhr.

Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.

Eintrittspreise wie bekannt, 5 Pf. Zutrittssteuer.

„Kühler Krug“

— Garten. —

Sonntag, den 14. September 1919,

Militär-Konzert

gegeben von der vollständigen Kapelle des

1. Bad. Reichswehr-Regts. 27.

Dirigent: Obermusikmeister Bernhagen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Zurückgekehrt

Dr. Katz, Augenarzt.

Lesen erschienen: 6302

Hab Sonne im Herzen

Gedicht von C. Flaichen, für
eine Singstimme u. Klavier (mittel)

von **Hermann Knierer**

Eine wirkliche Vereinerung der
Gesangs-Meratur! Preis M. 2,50

Zu haben in allen Musikalienhand-
lungen und direkt vom Verlag

Musikalien-Handlung Fritz Müller

Telephon 888 :: Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse.

Möbel - Ausstellung

der gemeinnützigen Hansratgesellschaft

Badischer Baubund g.m.b.H.

Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)

Geöffnet vom 8—12 1/2, nachm. 2 1/2—6 Uhr

Fernsprecher 5157

Zweigstellen

in Pforzheim, Bruchsal, Mosbach, Offen-
burg, Freiburg, Villingen, Singen a. H.

Verkauf handwerksmässig gearbeiteter
und formschöner

Wohnungs - Einrichtungen

gegen Barzahlung oder

erleichterte Zahlungsbedingungen.

Sportplatz Mühlburg

an der Honsellstrasse.

Sonntag den 14. Sept.

nachm. 4 Uhr

Entscheidungsspiel um

den Aufstieg in die Liga

Frankonia

gegen **V. f. B.**

1. Platz 1.50, 2. Platz 1.—

Schüler auf dem 2. Platz

die Hälfte.

ist Ihnen ersicht-
lich, dass Sie zur Vereinerung
von

Samavino

verwenden. Dieses all-
bekannte Getränk einfach
mit Zucker im Verhältnis an-
gegeben bewirkt rasch zu
einem alkoholhaltigen
Getränk, das wie guter
Whisky schmeckt u. an
Güte u. Verdaulichkeit
unübertroffen ist.

150 g. 100 g. 75 g. 50 g.

10.— 7.50 6.20 5.—

Wer keinen Zucker zur
Verfügung hat, nehme

Samavino

mit künstlichem Süßstoff
zur Herstellung eines
alkoholfreien, alkoholt-
ähnlichen Getränkes.

150 g. 100 g. 75 g. 50 g.

12.— 9.— 7.50 5.80

in Kolonialwaren- und
Konsum-Geschäften.

Mittelwerk

Dr. Schweizer, Singen

Zu verkaufen: 1 gut
erhaltene, graue, Bluse,
sowie 1 Wollemaffeln-Mantel,
f. mittl. Figur voll. Wasche,
Waldhosenstr. 32, 4. Et. l.

Lungenkranke

aller Art

trinkt Wohl von Lehmanns

Lungenheiler! Seit Jahr-

hundertern bew. Hausmittel,
in neuest. Zeit von erhen
mediz. Autoritäten erprobt
und wärm. empf. Wirkung
wunderbar. Bogillen schwin-
den im Husten, Appetit,
Gewicht, Befinden heben
sich. 1 Paket 2.50 M. Zu
allen Apotheken oder von
Apstel. von Lehmann,
Waldhosenstr. 32, 4. Et. l.

**Tägliche
Zigaretten-
Sortiererinnen**

finden sof. Beschäftigung

Zu erfrag unter Nr. 6329

im Volksfreundbüro.